



PFREUNDSCHUH  
*in Heidelberg*

GERHARD PFREUNDSCHUH

## Die Wirtschaft

Das Wirtschaftsmodell der Ständeordnung

Heidelberg 2017

Copyright © 2017 Gerhard Pfreundschuh

Der Aufsatz kann kostenlos als PDF-Dateien heruntergeladen werden.

Das Urheberrecht gilt insoweit, dass Zitate und Auszüge als solche gekennzeichnet werden müssen. Es ist also eine genaue Quellenangabe erforderlich.

<https://www.pfreundschuh-heidelberg.de/verfassungsgeschichte/Wirtschaftsgeschichte.pdf>

## Auszug aus Buch: „4.3 Die Wirtschaft“, Heidelberg 2013

ISBN 978-3-944816-07-4

ISBN 978-3-00-041677-4 (E-Book)

### Das Wirtschaftsmodell der Ständeordnung

*Die Wirtschaft der Ständeordnung ist die vorindustrielle Wirtschaftsordnung Europas. Die Bauern betrieben von 800 - 1800 die „Dreifelderwirtschaft“ (1. Jahr: Anbau von Sommergetreide, 2. Jahr: Anbau von Wintergetreide, 3. Jahr: Brache, kein Anbau, die Äcker erholen sich). Bis zur Einführung des Bulldogs oder Schleppers in den 1950er Jahren wurde in unserer Gegend nach der „verbesserten Dreifelderwirtschaft“ gearbeitet. Der Kunstdünger ermöglichte die Nutzung der Brache zum Anbau von Hackfrüchten (Kartoffeln, Rüben usw.). Nur das, was die Bauern oder die anderen Stände nicht selbst, in Eigenwirtschaft leisten konnten, besorgten die Handwerker. Diese trieben ihr Gewerbe bis zur „Kunst“, was ihr vom Buch „4.1 Die Geschichte“ kennt. – Es war eine Welt und eine Wirtschaftsordnung ohne Technik und Wissenschaft, ohne Dampfmaschinen und Motoren. Es war eine Wirtschaft an den Grenzen des Wachstums. Genau deswegen ist diese Wirtschaft für uns so spannend und aufschlussreich. Not macht erfinderisch. Die Wirtschaft der Ständeordnung entwickelte eine Reihe von Grundsätzen, die das glatte Gegenteil von „Kapitalismus“ sind. Einige Stichwörter heißen: genossenschaftlich und auskömmlich, sparsam und nachhaltig, kunstvoll und dauerhaft (Güte und Qualität).*

Im Abschnitt „Geschichte“ habe ich euch die Ständeordnung dargestellt. Ihr erinnert euch vielleicht, dass Adel und Aristokratie eine gewisse Wissenschaftsfeindlichkeit hatten. Richelieu verachtete Theorien und abstrakte Gedankengebäude. Bei den Handwerkern war es ähnlich. Den „gelehrten Maurer“ lehnten die Standesgenossen ab. Sie trauten ihm nicht mehr zu, dass er sein Handwerk gut und recht versteht.<sup>1</sup>

Dabei konnte ich im Laufe der Zeit feststellen, dass die Theoriefeindlichkeit ein weit verbreitetes, ja grundsätzliches Merkmal von konservativen Menschen ist. So wie es ist, halten sie es für richtig und gut. Und für das, was da ist, womit ich täglich lebe, brauche ich keine große Theorie. Es ist so ähnlich wie mit der Sprache. Wir lernen sie, ohne zu wissen oder zunächst zu merken, dass dahinter oft eine schwierige Grammatik steckt. Die Gesetze für den Satzbau, die Beugung von Hauptwörtern und

---

<sup>1</sup> Vgl. Stadelmann und Fischer, Die Bildungswelt der deutschen Handwerker um 1800, Berlin 1955, S. 126 („die Zeiten waren längst vergessen, wo ihn die Mitgesellen als ‚gelehrten Maurer‘ verspottet hatten, weil er (= Zelter 1723 – 1786) mit seinen Schreib- und Rechenkünsten den Meistern unentbehrlich war“; Zelter war nun Oberältester); allgemein: S. 191

Tätigkeitswörtern wenden wir ohne Nachdenken, unbewusst an. Erst wenn wir eine Fremdsprache lernen, erkennen wir, dass es folgerichtige Sprachgesetze gibt.

Ähnlich war es in der Ständeordnung. Nur unmerklich vollzog sich über die Jahrhunderte der Wandel des Rechts und der Verfassung, der Wirtschaft und Gesellschaft. Doch auch die Ständeordnung hatte ein nicht ganz einfaches, insgesamt durchdachtes und schlüssiges Wirtschaftsmodell. Leider hat sich die Geschichtswissenschaft damit nicht genau genug beschäftigt. Zum einen sind Historiker keine Wirtschaftswissenschaftler, zum andern richtet sich ihr Denken wie erwähnt vor allem auf Einzelercheinungen. Und schließlich gab es in der mittelalterlichen Ständeordnung keine Denker oder Gelehrte, die sich über die eigene Wirtschaftsordnung Gedanken machten und Bücher schrieben.<sup>2</sup> (Sogar die heutige Verfassungsgeschichte ist, wie Roman Herzog öfter betonte, vor allem Verfassungsliteraturgeschichte.<sup>3</sup>) Ich habe daher versucht, mir mit meinen eigenen, bescheidenen wissenschaftlichen Erkenntnissen ein Bild zu machen. Das halte ich auch für nützlich. Denn ich habe in der Ständeordnung einige Wirtschaftsgrundsätze gefunden, die sich von unseren heutigen Vorstellungen unterscheiden. Und gerade dadurch können sie uns Anregungen für andere und neue Modelle geben.

Schauen wir also, welches Wirtschaftsmodell aus heutiger Sicht die Ständeordnung hervorgebracht hat. Wirtschaftlich war sie von unten nach oben aufgebaut. Damals ist nicht – wie bei uns heute im Sozialstaat – Geld von oben nach unten geflossen, sondern höchstens von unten nach oben. Zunächst ist aber mit dem Untergang des Römischen Reiches die alte Wirtschaft zusammengebrochen. Schön hat uns in Innsbruck unser Geschichtsprofessor Karl Pivec den Übergang von der antiken Geldwirtschaft zur frühmittelalterlichen Naturalwirtschaft dargestellt. Es war eine Rückkehr zum Tauschhandel. Die „Steuern“ wurden durch Hand- und Spanndienste, sog. Naturaldienste, aufgebracht. Die Herrschaft gewährte Schutz gegen Dienst.

Jede Herrschaftsebene in der Ständeordnung erstrebte die rechtlich (durch Privilegien) abgesicherte **„wirtschaftliche Eigenständigkeit“** (Autarkie). Und diese verkörperte sich im „Hof“. Den hatten die bäuerlichen Familien, die adelige Grundherrschaften und die Fürsten. Das war für alle die Lebensgrundlage. Otto Brunner hat dies schön in seinem Modell „das ganze Haus und die alteuropäische Ökonomie“ herausgearbeitet. Das „ganze Haus“ oder der „Hof“ war für alle Stände wirtschaftlich und gesellschaftlich der Mittelpunkt ihres Lebens und Denkens.<sup>4</sup> Und das Wort „Ökonomie“ ist der griechische Ausdruck für „Hauswirtschaft“.

---

<sup>2</sup> Eine späte Ausnahme hinsichtlich des ständischen Rechts ist Johannes Althusius 1563 – 1638.

<sup>3</sup> Die Historiker sehen die früheren Verfassungsordnungen in erster Linie so, wie sie die rechtlich gebildeten, zeitgenössischen Befürworter oder Gegner beschrieben haben. Da fehlt oft einiges, weil der damalige „gelehrte“ Zeitgeist und die Kurzsichtigkeit von Zeitgenossen eine große Rolle spielen.

<sup>4</sup> Das habe ich noch anschaulich erleben können bei meiner Tante Liesel auf dem Winterhalderhof in Titisee. Der „Hof“ war ihr Alles. Ihr kennt es aus unserer Familiengeschichte „I. Die Schwarzwälder“.

Ganz wichtig war für mich dabei die Erkenntnis, dass die Ständeordnung eine Wirtschaft an den **Grenzen des Wachstums** war. Mehr Bauernhöfe ging nicht! Der Boden war allseits verteilt. In einigen Jahrhunderten hatte es noch Siedlungswellen gegeben. Dazu zählt beispielsweise die Besiedlung der deutschen Ostgebiete. Dann gab es noch einmal im Hochmittelalter einen innerdeutschen Siedlungsausbau. In unseren Tagen feiern viele Gemeinden, die etwas höher im Mittelgebirge liegen ihre 700-jährige oder 750-jährige Gründung. Um 1250 wurden in den Wäldern auf den Höhen durch Rodung der Bäume neue landwirtschaftliche Flächen gewonnen. Doch aufs Ganze gesehen war das Ackerland und damit die Ernährungsgrundlage begrenzt und besetzt. Noch Adam Smith weist darauf hin, dass die Nahrungsgrundlage die Grenzen des Bevölkerungswachstums bestimmt. Das gilt auch für die darüber liegende Ebene, die Adelshöfe und ihre Grundherrschaften. Und aus diesem Grunde durften auch in all diesen Ständen nur jene heiraten und eine Familie gründen, die den Hof samt Rechten und Besitzungen ererbt hatten. Das war die gesellschaftliche Geburtenkontrolle der Ständeordnung. Sie zielte auf eine „auskömmliche und standesgemäße Nahrung“.

Weiter bestimmten Handarbeit und Umwelt die Grenzen der Gütererzeugung. Das Holz in den Wäldern wurde knapp. In Bayern hieß es, falls der Holzmangel weiter zunehme, müsse daraus ein herzogliches Regal gemacht werden. Gegen alle Vorsätze und Grundsätze gab es oft auch Raubbau. Im Odenwald bestanden am Anfang des 19. Jahrhunderts viele Wälder nur noch aus Krüppelholz und Büschen. Die Großherzogliche Forstverwaltung hat es wieder vorbildlich in Ordnung gebracht.

Diese Wachstumsgrenze führte zum Grundsatz der **Nachhaltigkeit**. Alle, insbesondere die Zünfte, achteten auf Qualität und lange Haltbarkeit. Noch heute haben wir in unserer Familie einen 250-jährigen Schrank und essen an einem 100-jährigen Tisch. Die IKEA-Möbel der 1980er Jahre haben meine Frau Birgit und ich oft wieder über den Sperrmüll entsorgt. Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit drücken sich schlicht in „Wertarbeit“ aus. Diese Vorstellung verbanden die ständischen Handwerker mit den Zunftgesetzen, weil diese gewisse Arbeitsvorgänge und Arbeitsergebnisse vorschrieben. Im Abschnitt „Geschichte“ haben wir von dem Schreinermeister gesprochen, der sich erhängte, als er zusammengenagelte Ware aus der Möbelfabrik verkaufen sollte. So gelobten die Gesellen beim Freispruch, „nichts altes abzustiften und nichts neues aufzubringen“.<sup>5</sup> In unserer heutigen Wirtschaftsordnung wäre das tödlich.

Die in vielen Bereichen feststellbare Knappheit führte zu dem weiteren Grundsatz der **Auskömmlichkeit**. Oft heißt es, jeder Stand habe Anspruch auf die „auskömmliche und standesgemäße Nahrung“. Die Leute waren sparsam. Werner Sombart beschreibt in seinem bekannten Buch „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“ die wirtschaftliche Lage in Deutschland um 1800 so:

---

<sup>5</sup> Vgl. z. B. Stadelmann und Fischer, a.a.O., S. 122 f.

„In den Kreisen der größeren Bauern, der Handwerker und Krämer und was ihnen gleich steht, ging es ärmlich zu; in den höheren Schichten des Bürgertums war gerade ein bescheidenes Auskommen möglich, und von Reichtum, von Luxus oder gar von Üppigkeit der Lebensführung konnte höchstens in einigen Familien des hohen Adels und bei vielleicht kaum einem Dutzend reicher Handelsherren und Bankiers die Rede sein.“<sup>6</sup>

Zur Frage der Armut, die Sombart den Jahrzehnten vor der industriellen Revolution (1800 – 1850) zuschreibt, kommen wir gleich noch. – Doch die Sparsamkeit habe ich in meiner Jugend nicht nur bei unseren fränkischen und Schwarzwälder Verwandten, sondern auch bei meinem Vater erlebt. In zwei Weltkriegen hatte er sich diese Tugend angeeignet. Und dass Sparsamkeit auch für mich eine Tugend ist, darüber machen sich meine Frau und meine Kinder öfters lustig. Der Heidelberger Geist des Calvinismus sei bei mir zu spüren, heißt es dann. Vielleicht lernen wir noch, wieder sparsam zu sein. Denn Sparsamkeit und Armut sind zwei völlig verschiedene Dinge. Meine Tante Martha im fränkischen Dorf Uissigheim hatte dazu einen guten Spruch: „Vun de‘ reiche‘ Leut‘ kann ma‘ s Spare‘ lerne‘.“

Um die auskömmliche Nahrung zu sichern, hatte die Ständeordnung früh die **Erblichkeit und Verdinglichung** vieler, vor allem wirtschaftlicher Rechte und Privilegien durchgesetzt. Es genügte nicht mehr, die Meisterprüfung zu bestehen. Nötig war auch ein „Haus“, auf dem die Meister-Gerechtigkeit ruhte. Es heißt auch, viele Rechte haben Wurzeln geschlagen, sind „radiziert“ [radix = lat. die Wurzel]. Wir können auch sagen, aus Personalrechten sind Realrechte geworden. Und wenn das Haus und der Hof die Träger der Rechte waren, dann wurden sie gleichsam zur Körperschaft oder juristischen Person.

Auch dazu habe ich früher öfter in unseren Dörfern einen passenden Spruch gehört: „Wer nix erheiert [= erheiratet], nix ererbt, bleibt arm, bis dass er stirbt.“ Ein auskömmlicher Wohlstand war das Werk von Generationen. Die Menschen, die Bauern und Handwerker, der Adel und die Fürsten dachten nicht nur in Familien, sondern auch in Generationen.

(Auch das ist ein krasser Gegensatz zu heute. Unsere Wirtschaft ist nicht nur schnelllebig, sie ist auch kurzatmig. Vierteljahresberichte der Großunternehmen lassen die Aktien steigen und stürzen. Augenblickserfolge oder Missgeschicke werden unglaublich aufgebauscht. Manager werden bei manchen Konzernen fast so schnell ausgewechselt wie Fußballtrainer bei schlechten Bundesliga-Clubs. Das macht nicht nur krank, es ist auch falsch. Taktiker sind am Werk – keine Strategen!)

Auch der Beruf wurde früher ererbt. Als Bub bin ich einmal mit meiner Tante Liesel auf dem Winterhalderhof über die Matten [Wiesen] gelaufen. Ich wusste, dass ihr Sohn einmal den Hof übernehmen werde. Aus meiner Sicht wurde er gar nicht

---

<sup>6</sup> Sombart, Werner, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, Darmstadt 1954, S. 21 f

gefragt, ob er Bauer werden wolle. Und so fragte ich meine Tante, was passieren würde, wenn so ein Sohn nicht Bauer werden wolle. Ihre Antwort war ganz knapp: „Sell gib’s nit.“ Das kam aus ihr so selbstverständlich und überzeugend heraus, dass ich es glaubte, weitere Fragen waren überflüssig.

In meiner Arbeit über den früheren Rechtsstaat habe ich diese Grundsätze am Beispiel der fränkischen Reichsritterschaft nach den Forschungsergebnissen von Erwin Riedenauer so dargestellt:

„Trotz dieser Verdinglichung der Rechte ist es wichtig festzustellen, dass der Grundsatz der personalen Bindung, der Geburt und der Familie bis zum Ende der Ständeordnung ebenfalls in Geltung blieb. Die Verbindung dinglicher Rechte mit den personalen geburtsmäßigen Grundsätzen lässt sich bei den Handwerkern und ihrer „Ehrbarkeit“ feststellen. Auch bei der fränkischen Reichsritterschaft lässt sich das Nebeneinander beider Grundsätze sehr gut erkennen. Mitglied eines Ritterkantons konnte werden, wer a.) die persönlichen-familienmäßigen Voraussetzungen und b.) eine entsprechende, angemessen mit Rechten, Titeln und Privilegien versehene reichsfreie Besitzgrundlage aufzuweisen hatte. Zur geburtsmäßigen Voraussetzung musste der reichsunmittelbare privilegierte Besitz kommen. Wem dieser trotz edelster Abstammung fehlte, der konnte nicht Vollmitglied werden. Er saß als „Personalist“ auf der Wartebank, mit dem Auftrag, sich alsbald angemessen zu begütern. Die fränkische Ritterschaft billigte ihm weder Stimmrecht noch Wählbarkeit noch die Kantonsinstanz [= Gerichtsverfahren vor dem reichsritterlichen Gericht] zu.<sup>7</sup> „Ein reichsritterlicher Kanton muss sowohl als personaler Adelsverband wie als dinglicher ‚territorialer‘ Güterverband betrachtet werden.“<sup>8</sup>

Wie Armut oder Wohlstand auch bei unseren bäuerlichen Vorfahren mit dem ererbten Besitz zusammenhängen, zeigt unsere Familiengeschichte. Im Schwarzwald lebten sie seit der frühen Neuzeit (ab 1550) auf ansehnlichen Höfen mit 50 – 80 ha Wiese und Wald. Es galt das Anerbenrecht. Ein Sohn erbte den ganzen Hof. Wer das war, entschieden die Eltern. Nach der Höfechronik von „Viertäler“ [= Titisee bis 1929] spielte die Geburtsfolge keine entscheidende Rolle, wenn auch die jüngsten Söhne gehäuft zum Zuge kamen. Wir müssen davon ausgehen, dass die Alten auch nach bäuerlichen Fähigkeiten, Kraft und Gesundheit auswählten. Hoferben hatten verständlicherweise beste Heiratschancen, die auch stets wahrgenommen wurden. So waren unsere Schwarzwälder Vorfahren gesunde Leute. Schon zwischen 1601 und 1700, ebenso zwischen 1701 und 1800 starben die Männer im Durchschnitt mit 69 bzw. 67 Jahren, die Frauen mit 67 bzw. 66. Sie hatten im Schnitt neun Kinder. Nach der letzten Geburt lebten die Frauen im Durchschnitt noch 24 Jahre. Im Kindsbett ist erkennbar keine gestorben.<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> Pfreundschuh, Gerhard, Entstehung und Merkmale des frühen Rechtsstaats, Speyer 1977, S. 39 f; Riedenauer, Erwin, Kontinuität und Fluktuation im Mitgliederstand der fränkischen Reichsritterschaft, in: Gesellschaft und Herrschaft, Festgabe für Karl Bosl, München 1969, S. 100 f

<sup>8</sup> Riedenauer, Erwin, a.a.O., S. 95

<sup>9</sup> Heitzmann, Helmut, Höfechronik Titisee – Viertäler, Freiburg 1996 - aufgeführt sind von 1601 bis 1700 die genauen Lebensdaten von 19 männlichen und 11 weiblichen Ahnen (sechs Männer und drei Frauen wurden über 80 Jahre, eine davon 96), von 1701-1800 sind es die Lebensdaten von jeweils 12 männlichen und weiblichen Vorfahren (drei Männer und zwei Frauen wurden über 80).

Bemerkenswert sind die Lebensdaten der Maria Margaretha Fürderer.

- Sie ist 95 Jahre alt geworden,
- hat 13 Kinder auf die Welt gebracht, das letzte mit 42 Jahren (da hatte sie noch mehr als die Hälfte ihres Lebens vor sich),
- sie war viermal verheiratet (stets hat sie spätestens ein Jahr nach dem Tod des Ehemanns erneut geheiratet) und
- in vierter Ehe als Leibgedingerin (also versorgt auf dem Altenteil lebend) hat sie mit 71 den zwölf Jahre jüngeren Witwer, den Ziriak Hofmeier vom Kettererhof in Langenordnach, gefreit.

Das waren noch „gesunde, gestandene Weibsbilder“, sagten da die Schwarzwälder. Die Föderer Maria ist nicht die einzige, die alt wurde und so viele Kinder hatte. (Meine Ur-Ur-Großmutter Apollonia starb mit 83 Jahren auf dem Winterhalderhof und hatte 13 Kinder. Die Älteste ist meine Urgroßmutter Marie; sie wurde ‚nur‘ 78 Jahre. Der Onkel Hans, unser Ahnenforscher und Bruder meines Vaters, merkt bei ihr an: „Sehr resolut und gesund“ Er war 16, als sie starb. Die letzten 10 Jahre erlebte er sie als Haushaltsmitglied. Ein Pflegefall war sie nicht, hellwach bis zum Schluss.<sup>10)</sup>

Auch unsere fränkischen Vorfahren in Uissigheim (bei Tauberbischofsheim) waren nicht arm. Noch der Hof, aus dem mein Urgroßvater stammt, hatte 16 ha Ackerland. Sein Bruder hat den Hof dann geteilt, sodass danach zwei Pfreunds Schuh-Stämme davon leben konnten; und Rossbauern waren.<sup>11</sup> Das war nun möglich, weil die Dünge- und Anbaumethoden sich ab Mitte des 19. Jahrhunderts verbessert hatten. Trotzdem gab es in Franken reiche und arme Gemeinden. Reich waren die Gebiete rechts der Tauber, wo das Anerbenrecht galt. Das bedeutet, dass dort nur ein Sohn den Hof bekam. Die Gäubauern [Bewohner vom Ochsenfurter Gäu] galten als sehr reich. Links der Tauber galt überwiegend die Realteilung. Alle Kinder erbten gleich. Auf Dauer ging das aber nicht, weil selbst bei einer größeren Kindersterblichkeit das Dorf nach einigen Generationen bettelarm gewesen wäre. Heiraten konnten daher auch hier nur diejenigen, bei denen die ererbten Äcker so groß waren, dass die Eheleute eine Familie zumindest „in Anstand“ ernähren konnten.

In Uissigheim galt übrigens, wie der Historische Atlas von Baden-Württemberg zeigt, im selben Ort sowohl Anerbenrecht als auch Realteilung. Und unsere Vorfahren müssen überwiegend das Anerbenrecht angewendet haben. Denn sonst könnte der Hof meines Ur-Urgroßvaters nicht mehr 16 ha groß gewesen sein, was für das Frankenland mit fruchtbaren Böden ‚reich‘ war.<sup>12</sup> Auch wurden arme Bauern von der Herrschaft nicht zum Schultheißen bestimmt. Und von unseren elf unmittelbaren Vorfahren im Frankenland waren immerhin sechs Schultheißen. (Wie ihr wisst.)

---

<sup>10</sup> Dazu gibt es Gedichte meines Großvaters Georg Pfreunds Schuh (vgl. Familiengeschichte, Buch II)

<sup>11</sup> Mit schönen Rössern arbeiteten sie, wie die Familienfotos und Großvaters Gedichte zeigen. Es gab Rossbauern, Ochsenbauern, Kühbauern und Geißbauern, je nachdem was eingespannt wurde.

<sup>12</sup> Wer wie mein Urgroßvater wegzog, erbt keine Äcker. Am ersparten Bargeld wurde er beteiligt.



Bei meinen Studien in der bayerischen Generaliensammlung<sup>13</sup> bin ich immer wieder auf landesherrliche Vorschriften gestoßen, die den reichen Bäuerinnen das Tragen von übermäßig teuren Trachten und zu viel Schmuck verbieten ‚wollten‘. Die Verhältnisse waren eben von Ort zu Ort sehr verschieden.

Während meines Geschichtsstudiums hat uns irgendein Professor das Buch „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“ von Werner Sombart empfohlen. Der Titel ist mir dann immer wieder einmal begegnet. In Münster habe ich dem oben bei „Geschichte“ erwähnten Theologieprofessor beim Umräumen seiner vielen Bücher geholfen. Dafür durfte ich mir eines davon auswählen. Ich nahm den „Sombart“. Er vergleicht die wirtschaftlichen Verhältnisse um 1800 mit denen um 1910. Die ganze Schilderung des Lebens vor 100 Jahren, also um 1800, überschreibt er die „Äußere Ärmlichkeit des früheren Lebens“. Insgesamt kommt er zu folgendem Ergebnis:

„Aus einem mit kleinen Ansiedlungen spärlich durchsetzten Lande ist ein Land reich an großen Städten geworden; wo ehemals der Pflug ging, steigen mächtige Fabrikgebäude mit qualmenden Schloten in die Höhe; auf demselben Gebiete, das vor 100 Jahren 25 Millionen Menschen kümmerlich näherte, leben jetzt [1910] 65 Millionen in viel größerer Wohlhabigkeit als ihre Vorfahren von Anno dazumal; ein immer dichter gespanntes Netz von Eisenbahnen und Telegraphendrähten vermittelt einen rastlosen Verkehr; wo das Posthorn durch den blühenden Hag tönte, klappert die Dreschmaschine ihr monotones Lied und wo sich ein breiter, blau durchwirkter Teppich kleiner Ackerparzellen vor dem Auge ausbreitete, dehnt sich die endlos einfarbige Fläche der Rübenfelder. Ich meine: soviel weiß ein Kind.“

Vor allem zieht Sombart daraus den Schluss: „Also wenn wir etwa von dem heutigen Reichtumsgrade Deutschlands ausgehen, so können wir getrost sagen: verglichen damit war das Deutschland vor 100 Jahren ein armes Land. Und diese Armseligkeit hat unvermindert, vielleicht sogar hie und da noch verstärkt, angehalten bis fast um die Mitte des Jahrhunderts: erst seit den 1850er Jahren beginnt der Aufschwung.“<sup>14</sup> Sombart setzt also die vorindustrielle Welt mit der alten Landwirtschaft und dem alten Handwerk mit Armut gleich. Er führt immer wieder Statistiken an, bei denen ihm die Vermehrung des Handels, des Geldes und der Ausfuhr als Beweis für mehr Wohlstand dienen. Es ist wie heute, weithin wird das Bruttoinlandsprodukt, also der Wert aller erzeugten Güter und Dienstleistungen, als Maßstab für Reichtum und Wohlergehen genommen. Die Zweifel daran haben schon zu meiner Studienzeit begonnen und sind danach immer größer geworden.

In gewisser Weise lässt sich Sombart auch mit seinen eigenen Aussagen widerlegen. So stellt er fest, dass im Durchschnitt der Jahre 1837-1839 Deutschland etwa 1/5 - 1/4 der gesamten Weizenernte und etwa 6 % der Roggenernte ausfuhrte. „Also über den Bedarf der eigenen Bevölkerung hinaus produziert“ wurde.<sup>15</sup> Auch größere

---

<sup>13</sup> Kreittmayr, Wiguläus Xaverius Aloisius, Sammlung der neuest und merkwürdigsten Churbaierischen Generalien und Landesverordnungen, München 1771

<sup>14</sup> Sombart, Werner, a.a.O., S. 21

<sup>15</sup> Sombart, Werner, a.a.O., S. 41

Mengen Holz wurden ausgeführt. Von besonderer Bedeutung ist aber, dass die grundsätzliche Eigenwirtschaft in der Ständeordnung zu einem kleinen Bruttoinlandsprodukt führte. Sombart schildert dies sogar ausführlich für die städtischen Haushalte noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Er führt eine Quelle an: „Für den wohlhabenden Mittelstand“, erzählt uns Hoffmann noch für die 1830er Jahre, „ist die Teuerung des Fleisches in den Schlächterläden nur eine Veranlassung, für den eigenen Bedarf einzuschlachten und sich häufiger der gesalzenen und geräucherten Fleischspeisen zu bedienen.“<sup>16</sup> Auch die Städter hatten ihre eigenen Gärten vor den Stadttoren, buken ihr Brot selbst. Die Jungfern spannen ihre Aussteuer abends in der Stube. Was ich selber mache, kaufe ich nicht.

Dazu kann ich ein eigenes Erlebnis beisteuern. Im Jahr 1947 besuchte ich mit meinen Eltern zum ersten Mal den Winterhalterhof in Titisee. Wir reisten mit dem Zug. Weil ich unterernährt war und angeblich einen Schatten auf der Lunge hatte, war ich ein halbes Jahr ins Kinderheim nach Friedenweiler bei Neustadt im Schwarzwald zur Kur geschickt worden. Meine Tante Liesel hatte mich sogar, wie ich euch berichtete, in Friedenweiler einmal besucht. Auf dem Hof gab es nun schon in diesen mageren Nachkriegstagen vor der Währungsreform alles, was der Mensch zum Leben braucht. Sie hatten guten Schwarzwälder Speck und kräftig geräucherte Bauernbratwürste, wie ich sie heute nirgends mehr finde; auch Braten und Schwarzwälder Nudeln gab es. Allerdings war mir als Kriegskind essen nie so wichtig. Obwohl ich von meiner Mutter oft hörte, sie wisse nicht, was sie kochen solle, kann ich mich an Hunger nicht erinnern. Doch ich weiß auch noch von vielen späteren Sommerferien auf dem Hof, dass dort das Essen besonders gut schmeckte. Auch an den Aufenthalt von 1947 kann ich mich noch gut erinnern. Mit meiner Mutter bin ich in der regnerischen Vorweihnachtszeit hinter dem Hof den Buckel hinaufgestiegen. Dort waren die Koppel für das Vieh. Zu meinem großen Erstaunen hingen an vielen Stacheldrähten Wollknäuel. Die zupfte ich ab und schaute sie genau an. Meine Mutter erklärte mir, dass daraus die dicken und warmen Pullover gemacht würden, die alle auf dem Hof anhatten. Viele, eigentlich alle Nutztiere hatten sie. Kühe und Stiervieh, Schweine und Schafe, Hühner und Gänse. Das Brot und die Butter machten sie selbst. – Geld hatten damals alle Leute genug. Nur die alte Reichsmark war nichts mehr wert, zu kaufen gab es nichts. Wer war nun reicher? Die Leute mit dickem Geldbeutel oder unsere Verwandten auf dem Winterhalterhof?

Sicher, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es einige Jahre mit Missernten. Manche sagen, das sei mit ein Grund für die 1848er Revolution gewesen. Viele wanderten nach Amerika aus, oft weil sie nicht heiraten durften.<sup>17</sup> Aber Missernten und Seuchen, Kriege und Wirtschaftskrisen sind keine typischen Erscheinungen einer bestimmten Wirtschaftsordnung. Davon gab es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mehr als in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Und heute?

---

<sup>16</sup> Sombart, Werner, a.a.O., S. 32

<sup>17</sup> Auf den Schiffen gab es oft Pfarrer. Sie trauten die Paare auf See, nach dem Ablegen der Schiffe.

Gute Zeiten und schlechte Zeiten wechseln sich im Lauf der Jahrhunderte ab. Ich schilderte euch oben den Wohlstand zwischen 1500 und 1618. Mein zwölfter unmittelbarer Vorfahre, der Lienhard Pfründschick (~ Leonhard Pfreunds Schuh), erbaute 1612 das stattliche Fachwerkhaus „zum Engel“ in Hochhausen bei Tauberbischofsheim. Im 17. Jahrhundert, im und nach dem Dreißigjährigen Krieg waren die Bauern arm, auch unsere Vorfahren. Das zeigen die Urkunden im baden-württembergischen Staatsarchiv in Bronnbach im Taubertal. Ein anderer Vorfahre, der auch Lienhard Pfründschick hieß, bat 1637 als Schultheiß wegen der Kriegsnot den Abt des Klosters Bronnbach um Ermäßigung der Abgaben und Gülten für die Uissigheimer. Dem Antrag wurde stattgegeben („2/3 ihnen auf gnaden erlassen worden“). „Unterm Krummstab ist gut leben“, war auch ein Spruch bei den Alten.<sup>18</sup>

Um 1700 war die Armut weitgehend überwunden. Schöne Gehöfte hatten die Weinbauern zu dieser Zeit. Das konnte ich als Baubürgermeister in Wertheim feststellen. Dort war gerade die Dorfentwicklung im Dorf Dertingen zum Abschluss gekommen. Doch im Laufe des 19. Jahrhunderts war es darin immer enger geworden. Denn statt einer wohnten nun zwei, manchmal sogar drei Familien in einer Hofreite. Und ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wollte deshalb kaum noch jemand in dem „alten Gelump“ wohnen. Erst die Dorfentwicklung mit der Entfernung der vielen verwinkelten Einbauten brachte zum Vorschein, wie ansehnlich, ja stattlich die Alten um 1700 und danach gewohnt hatten. Sogar ein Frankfurter Flugkapitän kaufte sich so ein Gehöft und machte es zu seinem Wohnsitz. Über die Autobahn war er schnell dort.

Sicher, unsere Vorfahren hatten und brauchten vieles noch nicht, was wir für unentbehrlich halten. Das beginnt bei der Haustechnik und endet bei der Elektronik. Allerdings sagt das noch nichts aus über das Wohlbefinden und das, was die Menschen unter arm oder reich verstehen. Genau das macht heute auch den Vergleich zwischen Industrieländern, sogenannten Entwicklungsländern oder Eingeborenenstämmen im Amazonasgebiet so schwierig. Ein Dollar in den USA ist etwas ganz anderes als ein Dollar im brasilianischen Urwald in der Hand von Einheimischen.

Etwas Weiteres ist ganz klar; früher mussten die Männer und Frauen körperlich hart arbeiten. Fast alles war Handarbeit. Dafür war der seelische Druck, der Stress geringer. Ihr wisst ja, was ich unter Stress verstehe. Es ist das persönliche Gefühl, den Anforderungen der Umwelt, der Vorgesetzten nicht entsprechen zu können. Bei den Bauern und Handwerkern war insoweit jeder sein eigener Herr. Nun heißt es oft, die Menschen hätten einen Arbeitstag von 16 Stunden gehabt, keinen Urlaub und eine sehr anstrengende, oft lebensgefährliche Arbeit.

Dazu müssen wir wissen, dass es unter Montgelas um 1810 in Bayern einen heftigen Streit wegen der „Abstiftung“ [= Abschaffung] der bis zu 100 Feiertage im Jahr gab.

---

<sup>18</sup> Der Karl Pivec hat den Ausspruch öfter erwähnt. „Krummstab“ steht für „Bischofs- oder Abtstab“.

Auch um den „blauen Montag“ kämpften die Handwerksgesellen, auch wenn sie ihn letztlich nicht durchsetzen konnten. Nicht an jedem Ort waren es im Jahr 100 freie Tage; das war sehr unterschiedlich nach den örtlich verehrten Heiligen. Doch grundsätzlich gab es nach Meinung der bayerischen Regierung viel zu viel Feiertage.

Noch ein Wort zur harten Arbeit. Das war sie sicher. Doch erstaunt war ich bei einem Sendebeitrag im Bayerischen Rundfunk zum Holzknechtmuseum in Ruhpolding. Ein über achtzigjähriger Holzknecht wurde interviewt. Und er meinte, er könne sich keinen schöneren Beruf vorstellen, als Holzknecht zu sein. Die freie Natur, die gesunde Luft, Wind und Wetter, die Arbeit und die Leute oben im Gebirge hätten ihm sehr gut gefallen. Wie sein Vater habe auch er dort eine Sennerin gefunden und geheiratet. Er meinte auch, Holzknechte hätten damals gut verdient.

Mit dem Heiraten hätte es allerdings vor 1800 bei einem Holzknecht schlecht ausgesehen. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kommen plötzlich Klagen auf, dass nun schon Handwerksgesellen heiraten würden. In unserer umfangreichen, weitverzweigten Familiengeschichte können wir zwei Dinge feststellen. Vor 1800 gab es beispielsweise im Schwarzwald keinen Vorfahren, der nicht Hofbauer war. (In Franken sagen die historischen Quellen nichts zum Hof.) Außerdem wurde das erste Kind stets nach der Hochzeit geboren. Nach 1800 lockerten sich die Sitten. Mein Ur-Ur-Ur-Großvater Anton Schwörer kam von einem Bauernhof, hatte selbst aber keinen. Trotzdem heiratete er 1820; und erst damit wurde sein schon 1805 geborener Sohn Johann ehelich. Seine Schwager, Bauer auf dem Feuerberghof, und dessen Ehefrau haben ihm dann ein kleines Stückle Land verkauft, worauf er das „Bierhäusle“ erbaute. Er war Tagelöhner, sie Hebamme; so schlugen sie sich durchs Leben. Doch der Sohn Johann lernte Uhrmacher, ging zeitweise nach England und konnte 1845 den Winterhalterhof kaufen. – Mein Urgroßvater Vinzenz Heizmann kam 1839, auch drei Jahre vor der Eheschließung auf die Welt. Das war stets ein Zeichen für ärmliche Verhältnisse. (Denn damals konnte man nicht aufs Sozialamt gehen und sich Geld abholen, wenn man für die Kinder keines hatte.) Zur wirtschaftlichen Eigenständigkeit gehörte die wirtschaftliche Eigenverantwortung. Das will ich nicht bewerten. Denn das sagte der Karl Bosl oft: „Der Historiker wertet nicht!“ (Angesichts vieler Verbrechen und Schaurigkeiten im 20. Jahrhundert ist das sicher nicht durchzuhalten. Doch grundsätzlich sollten wir sehr vorsichtig damit umgehen.)

Im Laufe meines Lebens habe ich mit vielen geschichtlich interessierten Menschen gesprochen. Dabei ist mir etwas aufgefallen. Es gibt solche, die meinen, früher war alles besser. Das sind die Konservativen. Dann gibt es die linke Gegenmeinung: „Früher war alles schlechter, sind wir doch froh, dass wir heute leben.“ Das sagen die Sozialisten. Denn das ist eine der Grundaussagen von Karl Marx. Der Münchner Volksschauspieler Karl Valentin hat beide Meinungen in einem Satz humorvoll zusammengefasst: „Früher war alles besser, sogar die Zukunft war besser.“

Nach meiner Meinung sind beide Ansichten falsch. Früher war weder alles besser noch schlechter; es war eben einfach anders. Schon heute ist es schwer, das Wohlbefinden der Menschen in verschiedenen Ländern miteinander zu vergleichen. (Die OECD macht das ab und zu, mit lachhaften Ergebnissen.) Noch viel schwieriger ist es zu beurteilen, ob die Leute „früher“ glücklicher oder unglücklicher waren.

Das Leben war einmal hart und grausam, ein andermal glücklich und erträglich (auch im 20. Jahrhundert). Seit uralten Zeiten und schon vor der Ständeordnung gab es eine wirtschaftliche Überlebensstrategie. Es war die **Genossenschaftlichkeit**. Diese zu erforschen, hatte sich der Rechtshistoriker Otto von Gierke (1841 - 1921) zur Lebensaufgabe gemacht. Er wird der „Vater des Genossenschaftsrechts“ genannt. Sein Hauptwerk ist das vierbändige Buch „Das deutsche Genossenschaftsrecht“ (1868 ff; vierter Band unvollendet).

Das entscheidende Merkmal der Genossenschaftlichkeit besteht darin, dass die Mitglieder selbstständig bleiben und sich dabei zur Erreichung gemeinsamer Ziele zusammenschließen. So fließen in der Genossenschaftsidee der Grundsatz der „wirtschaftlichen Eigenständigkeit“ und jener der „Gemeinschaft“ zusammen. Noch heute heißt es: Die Genossenschaft dient dem Nutzen ihrer Mitglieder. Die Genossen stehen im Mittelpunkt des Denkens, nicht das Kapital und schon gar nicht die Gewinnmaximierung einer irgendwie gearteten „Kapitalgesellschaft“ (AG, GmbH). Die geschichtlichen Beispiele zeigen das am besten.

Das beginnt mit der dörflichen Genossenschaft. Meine Tante Martha in Uissigheim meinte noch: „Früher waren wir alle wie eine große Familie. Wenn Not war, hat jeder jedem geholfen. Und bis die Flüchtlinge kamen, sagten wir alle ‚du‘ zueinander.“ Dabei gab es noch bis in unsere Zeit genossenschaftliches Eigentum. Es waren die Allmende [= gemeinsam genutzte Wiesen wie die Almen], bürgerschaftliche Holz- und Waldnutzungsrechte usw. Die Dorfordnungen wurden gemeinsam und genossenschaftlich beschlossen. Darin wurde u.a. geregelt, wie die Brunnen und Gewässer zu nutzen waren, wie die gemeinsame Dreifelderwirtschaft zu bewerkstelligen war.

Die gemeinsame Arbeit im selben Gewinn wurde weniger als Flurzwang empfunden, sondern führte vielmehr zur bäuerlichen Gemeinschaft. Das hörte ich noch oft. Mein Nachbar Willi meinte: „Es war schön mit dem ganzen Dorf die Kartoffeln rauszumachen und nach der Arbeit die „Grumbere“ [= Grundbirnen, Kartoffeln] am Krautfeuer gemeinsam zu rösten. Vor allem wir Kinder hatten unsere Freud' dabei.“ Und später bedauerte eine Verwandte von mir: „Früher waren wir alle gemeinsam im Feld. Heute bist du ganz allein auf dem Acker.“

Bekannt ist die Genossenschaftlichkeit der Zünfte, über die wir schon oft gesprochen haben. Dazu ich will ein anschauliches Zitat von Werner Sombart anführen:

„Die Familiengemeinschaft ist der älteste Träger dieser Wirtschaftsform [= Handwerk], und sie bleibt es auch dann noch, als schon fremde Personen zur Mitwirkung herangezogen werden. Geselle und Lehrling treten in den Familienverband ein mit ihrer ganzen Persönlichkeit und werden von ihm umschlossen, zunächst in der gesamten Betätigung ihres Daseins. Die Familie samt Gesellen und Lehrlingen ist Produktion- und Haushaltseinheit. All ihre Glieder sind Schutzangehörige des Meisters, sie bilden mit ihm ein organisches Ganzes, ebenso wie es die Kinder mit ihren Eltern tun.“<sup>19</sup>

Auch die Kaufleute schlossen sich zusammen. Die „Deutsche Hanse“ ist dafür ein sehr bekanntes Beispiel. Die Regensburger Kaufleute gründeten schon im Mittelalter die „Regensburger Hanse“. Hanse ist ein altes deutsches Wort für Genossenschaft. „Hans“ bedeutet Genosse, Freund.<sup>20</sup> So trieben die Regensburger als selbstständige Handelsherren und doch gemeinsam auf der Donau früh Handel bis nach Kiew. Die Kaufmannszüge waren bewaffnet. Ein „Hansgraf“ führte sie an.<sup>21</sup>

Die Menschen legen heute und legten auch früher großen Wert auf die **soziale Sicherheit**. Diese wurde innerhalb der ständischen Genossenschaft verwirklicht. Es ist vielleicht die Kehrseite der Auskömmlichkeit und Nachhaltigkeit. Andererseits führte die Standesgemeinschaft – wie das Sombart-Zitat von eben zeigt – zur **Brüderlichkeit**. Die Zunft sorgte für die Meisterwitwen; und die Gesellen hatten Bruderschaftskassen für in Not geratene Standesgenossen. Im saarländischen Bergbau gab es genossenschaftliche Hilfskassen und Baugenossenschaften, die vom Landesherrn unterstützt wurden.<sup>22</sup> Dies waren auch Anregungen für Bismarcks Sozialversicherungen. Viele sehen in dem langen und zähen Fortleben genossenschaftlicher Gedanken in Deutschland einen Grund dafür, dass wir im Vergleich zu Westeuropa einen sozialpolitischen Vorsprung hatten. Hinzu kam der Gedanke der christlichen Nächstenliebe. Er führte zu Stiften und Spitälern, deren Gründung dem Wohl der Nächsten und dem Heil der eigenen Seele dienen sollte.

Noch zu meiner Zeit als junger Landrat habe ich erlebt, wie jahrhundertealte Spitalstiftungen segensreich fortwirkten. In Mosbach wurde mit deren Vermögen und zusätzlichen Geldern das „Pfalzgrafentift“ geschaffen. Unter einem Dach in einem schönen historischen Gebäude wurden Altenheim, Pflegeheim und offene Altenbetreuung zusammengefasst. Eine Spitalstiftung in Buchen führte dort zum Neubau von ansprechenden und nützlichen Altenwohnungen. Rührige Bürgermeister waren dafür nötig.

---

<sup>19</sup> Sombart, Werner, a.a.O., S. 56

<sup>20</sup> Nur der ‚Hanns‘ (mit zwei N) ist von Johannes abgeleitet.

<sup>21</sup> Bosl, Karl, Die Sozialstruktur der mittelalterlichen Residenz- und Fernhandelsstadt Regensburg (= Abhandlungen der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, N. F., Heft 63), München 1966, S. 67 ff.

<sup>22</sup> Klein, Ernst, Der Staat als Unternehmer im saarländischen Steinkohlenbergbau (1750-1850), in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 57, 1970, S. 323 ff

Diese Stiftungen waren in ständischer Zeit bereits erste zweckgerichtete Geld- und Vermögensbestände. Aus der 1749 durch Abt Anselm Schwab von Kloster Salem am Bodensee gegründeten „Ordentlichen Waisenkasse“ ist die erste und älteste Sparkasse Deutschlands hervorgegangen. Wenige Sparkassen wie die Hamburger (1778) sind vor 1800 entstanden, ab dann sind sie in Deutschland geradezu aus dem Boden geschossen. Ein Bankensystem entwickelte sich und führte in ein neues wirtschaftliches Zeitalter.

Dazu hat mir mein Klassenkamerad Klaus Dertinger ein passendes und aufschlussreiches Buch geschenkt. Er ist Bauunternehmer und anlässlich eines kleinen Richtfestes hatte er von mir das Buch über die Handwerker von Stadelmann und Fischer bekommen. Klaus schenkte mir daraufhin den historischen Roman „Schach dem Abt“ von Hans Jensen. Die Geschichte hat mir gut gefallen, obwohl ich bei historischen Romanen immer sehr kritisch bin. Doch im Internet habe ich dann sehr genau nachgeprüft, ob der Roman der geschichtlichen Wirklichkeit entspricht. Das war eindeutig der Fall. Damit war ich beruhigt.

Geschildert wird das Wirken des Abtes Anselm Schwab (1746-1778) von Salem. Er war ein oberschwäbischer Kaufmannssohn aus Füssen. So konnte er mit Geld gut umgehen und führte das angesehene Reichskloster Salem zu wirtschaftlicher Blüte. Als Bürgerlicher hatte er auch Neider und musste mit vielen Widerständen kämpfen. Das macht den Roman so spannend. Anselm hatte auch einen guten Vorgänger und Nachfolger, sodass Salem in dieser Zeit seine höchste Blüte erreichte. Sogar der Kaiserin Maria Theresia hat der Abt mit ansehnlichen Darlehen im Siebenjährigen Krieg ausgeholfen. Er wurde kaiserlicher Geheimrat der Habsburger. Bei der Überprüfung der örtlichen Waisengelder stellt er Missstände fest. Und so gründete er die „Ordentliche Waisenkasse“ Salem. Das angesammelte Geld musste ordentlich verwaltet und sorgsam vermehrt werden. Das ist bis heute die Grundidee der Sparkassen.

Abt Anselm war aber auch ein großer Freund und Förderer der Kunst. Die wunderschöne barocke Wallfahrtskirche Birnau ist sein Werk. Sie liegt auf einer leichten Anhöhe über dem Bodensee. Unterhalb, unmittelbar am Seeufer liegt das kleine, ebenfalls barocke Schloss Maurach. Es gehört früher auch Salem, heute der Landeskreditbank. Ich konnte dort einmal einen Vortrag halten. In Nachbarräumen tagte eine kleine Gruppe von Mercedes-Benz; so schön ist es da. Ich habe die Landschaft, den See, das Schloss und die Kirche Birnau in vollen Zügen genossen. Das ist erlebte Heimat und Geschichte.

Das deutsche Bankensystem ist ein Dreisäulenmodell, wie es oft heißt. Der älteste Pfeiler sind die Sparkassen. Sie gehen sehr oft auf landesherrliche oder städtische Obrigkeiten zurück. Daher sind noch heute grundsätzlich Landkreise und Städte die Träger. Die zweite Säule sind die genossenschaftlichen Volksbanken und Raiffeisenkassen. Sie sind ab der Mitte des 19. Jahrhunderts aus

genossenschaftlichen Zusammenschlüssen entstanden. Hermann Schulze-Delitzsch (1808-1883) und Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818-1888) waren die Triebkräfte für die Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesen in dieser Zeit, das weit über das reine Bankgeschäft hinausging. Die deutsche „Historische Rechtsschule“ und insbesondere ihr bereits erwähnter Vertreter Otto von Gierke haben hier im Wirtschaftsleben segensreiche Wirkungen hervorgebracht. Das Jahr 2012 war das Internationale Jahr der Genossenschaften. Vielen wurde ins Bewusstsein gerufen, dass Genossenschaften heute noch bei uns eine ganz starke Wirtschaftssäule sind.

Die dritte Säule des deutschen Bankensystems sind die Privatbanken. Das Bankhaus Fugger in Augsburg ist hier die älteste und bekannteste Bank. Das Handelsblatt widmete Deutschlands Privatbanken eine Sonderbeilage (10.8.2012). Zum Auftakt heißt es geschichtsbewusst:

„Mit ihrem Geld wurden Könige gewählt und Kriege finanziert. Privatbankiers haben zum Teil schon vor 500 Jahren große Vermögen verwaltet. Heute kümmern sich die exklusiven Geldhäuser hauptsächlich um die Gelder von betuchten Privatkunden. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts ist die Zahl der unabhängigen Institute in Deutschland von 1400 auf rund ein Dutzend zurückgegangen. Und mit der Notübernahme von Sal. Oppenheim durch die Deutsche Bank verlor auch das prominenteste und finanzstärkste private Institut in Deutschland seine Unabhängigkeit.“

Zu den Privatbanken gehören aber nicht nur traditionsreiche Bankhäuser in Familienbesitz wie Metzler in Frankfurt, Ellwanger & Geiger in Stuttgart oder die „Fürstlich Castell'sche Bank, Credit-Casse“ in Würzburg; sie betreuen nur wohlhabende Privatleute. Die bekannten und großen Banken, die weltweiten Spieler sind hier die Aktiengesellschaften wie die Deutsche Bank oder die Commerzbank. Sie heißen auch Großbanken. In Deutschland gibt es davon nur noch drei (Deutsche Bank, Commerzbank, HypoVereinsbank); fast alles Sorgenkinder. Dieses große Dreigestirn will nicht Marktteilnehmer, sondern Marktherrscher sein. Hätten wir nur Privatbanken, wären wir arm dran.

Das deutsche Dreisäulensystem mit Sparkassen, Genossenschafts- und Privatbanken haben die Bürokraten in Brüssel überhaupt nicht verstanden. Jahrelang haben sie gegen Volksbanken und Sparkassen gewettert. Im Interesse eines gleichförmigen und einheitlichen Wettbewerbs wollten sie alle Bankhäuser zu Privatbanken auf Kapitalbasis machen. Doch dann kam die große Finanz- und Wirtschaftskrise. Die wenigen, aber immer größer und mächtiger gewordenen Privatbanken drohten überall in Europa einzustürzen. Der so verschmähte Staat musste helfen. Die deutschen Sparkassen und Volksbanken waren viel kleinteiliger und kleinräumiger aufgestellt; sie überstanden die Krise geradezu unbeschadet. Die Bürger schafften massenhaft ihr Geld von der Deutschen Bank, der Commerzbank und der Dresdner Bank zu den Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Plötzlich merkten die Leute „da oben in Brüssel“, dass sie in den letzten Jahren kräftig an zwei Stabilitätspfählen gesägt hatten. So ist das eben in einer Planwirtschaft.



Wir haben noch etwas von der Ständeordnung übernommen und in rechtsstaatliche Formen umgegossen. In meiner Arbeit der „Frühe Rechtsstaat“ habe ich die „institutionellen Grundrechte“ untersucht. Dazu gehören z.B. die Selbstverwaltung der Hochschulen und der Gemeinden. Hier haben sich die Bildungsbürger im 19. Jahrhundert staatsfreie, grundrechtlich abgesicherte Entfaltungsräume geschaffen. Beide sind heute bei uns noch sehr lebendig, wurden zu tragenden Säulen unserer Verfassungsordnung.

Die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise war mein Arbeitsgebiet. In den meisten Bundesländern haben wir auch Kreissparkassen. Die Landräte sind Vorsitzende des Verwaltungsrates. In Baden ist das nicht so, größere Städte sind die Träger. Die Kreise und Gemeinden haben noch viele andere wirtschaftliche Aufgaben in ihrem Zuständigkeitsbereich zu erfüllen. Darin unterscheiden wir uns beispielsweise von Frankreich und Italien sowie anderen Zentralstaaten. Im 19. Jahrhundert haben die Gemeinden die neue kommunale Daseinsversorgung aufgebaut. Das waren nicht nur Straßen und Schulen, sondern auch Straßenbahnen, Elektrizitätsversorgung, Wasserwerke und neuerdings die Fernwärme. Für die Landkreise sind Krankenhäuser und seit den siebziger Jahren die umweltgerechte Abfallbeseitigung wichtige wirtschaftliche Aufgaben.

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts hat sich hier – aus meiner Sicht – eine Fehlentwicklung eingeschlichen. Viele Gemeinden verkauften ihre Wasserwerke oder andere städtische Wirtschaftsbetriebe wie Elektrizitätswerke an internationale Kapitalgesellschaften. Das ist schief gegangen; und viele sind heute dabei, ihr einstiges Eigentum überteuert zurückzukaufen. Auch Krankenhäuser wurden und werden von Städten und Kreisen an Privatunternehmen verkauft. Das halte ich für falsch. Denn wenn eines Tages die Grundversorgung im Krankenhauswesen nicht mehr gewährleistet ist, dann müssen die Kreise und Gemeinden wieder einspringen. Entweder müssen sie dann abgewirtschaftete Häuser wiederbeleben oder ganz neue aufbauen. Schon heute muss der Staat in ländlichen Gebieten einspringen, helfen und bezuschussen, weil die Versorgung mit Landärzten nicht sichergestellt ist.

Wie wichtig den Menschen ihr eigenes und gutes Wasser ist, das konnte ich in Wertheim sehen. Als ich dort nicht mehr Bürgermeister war, aber das Geschehen weiter beobachtete, erlebte ich ein erfolgreiches Bürgerbegehren. Die Stadtwerke wollten nicht mehr die eigenen Quellen beobachten, untersuchen und nutzen. Sie meinten, einfacher und billiger sei der Anschluss an die Fernwasserversorgung. Insbesondere der mir gut bekannte, ökologisch ausgerichtete Allgemeinarzt Dr. Ritter wurde zur treibenden Kraft des Bürgerbegehrens „Wir wollen Wertheimer Wasser“. Das Bürgerbegehren war erfolgreich. Wertheim trinkt immer noch sauberes, selbst geprüftes Wasser aus Quellen des Odenwalds oder Spessarts.

Während ich dies schrieb, musste ich in vielen Zeitungen lesen: „EU plant private Wasserwirtschaft“. Der Deutsche Städtetag und sein Präsident, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, üben scharfe Kritik: „Die deutsche Bevölkerung steht nach Umfragen mit überwältigender Mehrheit hinter der öffentlichen Wasserversorgung und besteht darauf, dass diese auch in Zukunft am Gemeinwohl und nicht an der Gewinnmaximierung orientiert ist.“ In der Lokalzeitung hieß es: „Laut Städtetag erreichen Stadtwerke und kommunale Wasserbetriebe rund 90 % Zustimmung bei Ihren Kunden.“<sup>23</sup>

Jetzt will Brüssel uns auch „das Wasser abgraben“. Die kapitalistischen Zentralisten wollen es „vergemeinschaften“. Dann dürfen womöglich Großkonzerne es gewinnbringend über ganz Europa verteilen. Mich erstaunt das Vorgehen der Brüsseler Bürokratie immer wieder. Ich glaube, dass es nicht nur an ihrer lupenreinen, marktwirtschaftlichen oder liberalen Ideologie liegt. Wie wir immer wieder lesen können, haben in Brüssel die Lobbyisten, also die Vertreter von großen Konzernen und Wirtschaftsverbänden, noch mehr Einfluss als ohnehin schon in den Bundesländern und Nationalstaaten. Die Brüsseler Bürokraten wirtschaften auch wenig überwacht und beobachtet. Manchmal kommt es einem vor wie bei der monarchischen, polizeistaatlichen Geheimbürokratie; die wurde Arkanpraxis<sup>24</sup> genannt. Das ist das glatte Gegenteil von einem Bürgerstaat.

Später, wenn wir beim Thema Marktwirtschaft nach „vollkommenen Märkten“ suchen, werden wir auf Privatmärkte für Wasser zurückkommen. Der Großkonzern Nestlé ist gerade dabei, sich damit in Entwicklungsländern schamlos zu bereichern. Sie kaufen erst die Quellen, um das Wasser flaschenweise und teuer an die Leute zu verkaufen.

---

<sup>23</sup> RNZ vom 03.01.2013, S. 1

<sup>24</sup> von lat. arcanus = geheim, der Öffentlichkeit entzogen

## Das Wirtschaftsmodell des Polizeistaats

*Auch das Wirtschaftsmodell des Polizeistaats ist für uns heute noch aufschlussreich. Denn viele der damaligen „Wohlfahrtsziele“ verfolgen auch heutige Politiker. Die „Beförderung der allgemeinen Wohlfahrt“ führte zu einer umtriebigen staatlichen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung: 1. Oberstes Ziel war, mehr aus- als einzuführen. Diese Exportüberschüsse in Geld oder Gold sollten das Land reich und die Staatskasse voll machen. England verfolgte z. B. das Ziel, Rohstoffe einzuführen, im Inland zu veredeln und mit Gewinn die Fertigwaren auszuführen. 2. Die Wirtschaftsförderung beschränkte sich nicht auf günstige Rahmenbedingungen und eine gute Infrastruktur (Straßen, Kanäle). Es wurde unmittelbar durch Förderung oder staatliche Gründung von Manufakturen [= Fabriken ohne Dampfmaschinen und Motoren] in aussichtsreich erscheinende Wirtschaftszweige investiert. Bevorzugt wurden dabei Luxuswaren (Tuche und Seide, Porzellan und Perlen). Einige dieser Staatsbetriebe haben überlebt (Meißner Porzellanmanufaktur). 3. Staatsmonopole wie gesetzliche Brandversicherungen gehörten ebenfalls zum Wirtschaftsprogramm. 4. Die letzte Stufe sind die Sozialversicherungen (Kaiserliche Botschaft von 1881). Unsere gesetzlichen Krankenkassen, Berufsgenossenschaften (Arbeitsunfälle) und Rentenversicherungen sind damals entstanden. Sie waren vorbildlich. Ständisch-genossenschaftliche und polizeistaatliche Grundsätze sind dabei verbunden. Die großen Schwierigkeiten des US-Präsidenten Obama bei der Einführung einer gesetzlichen Krankenversicherung zeigen, dass sie in der Theorie und Ideologie einer reinen Marktwirtschaft ein Fremdkörper sind.*

Vom Band „Geschichte“ wisst ihr, Polizeistaat ist das alte Wort für Verwaltungsstaat. Die Fürsten haben ihn ab 1500 Stück für Stück geschaffen. Ihm folgt der frühe Rechtsstaat ab 1800. Dieser Übergang war das Thema meiner Dr.-Arbeit.<sup>25</sup>

Neben den in Zünften und Hansen organisierten Handwerkern und Kaufleuten haben sich zunächst unmerklich und langsam ab 1500 neue Formen des Wirtschaftens entwickelt. Maßgeblich daran beteiligt waren die Fürsten, die Stück für Stück zu Landesherrn aufstiegen. Sie privilegierten zunächst einzelne Handwerker außerhalb der Zünfte durch Einzelerlaubnisse zur Ausübung eines Handwerks. Neben den zünftigen Bäckern gab es nun obrigkeitlich privilegierte „Pfisterer“ [von lat. pistor = Bäcker]. Dagegen leisteten die Zünfte hartnäckigen Widerstand. Und die Pfisterer durften auch keine Lehrlinge ausbilden. Denn die Ausbildung, die Gesellen- und die Meisterprüfungen lagen in der Hand der Zünfte.

Eine zweite Neuerung war die Erfindung der „Manufakturen“. Übersetzt heißt das so viel wie „Fabriken mit Handarbeit“. Hier wurden oft zur Herstellung der Erzeugnisse

---

<sup>25</sup> „Entstehung und Merkmale des frühen Rechtsstaats“, Speyer 1977

mehrere Handwerkberufe benötigt. Die Werkstatt eines Meisters war dafür zu klein und nicht geeignet. Das zweite Merkmal von Manufakturen ist ihre Arbeitsteilung und Spezialisierung. Porzellan und Kanonen wurden in solch neuen Werken gefertigt. Immer war jedoch die Erlaubnis oder Privilegierung durch den Landesherrn oder die städtische Obrigkeit nötig, wenn diese nicht selbst Eigentümer waren. Adams Smith (1723 - 1790) hat hierzu ein klassisches und oft zitiertes Beispiel geliefert. Er beschreibt, wie Manufakturarbeiter Stecknadeln zwar in Handarbeit, aber ganz spezialisiert und mit unglaublicher Geschwindigkeit herstellen. Stumpf und stur mussten die immer gleichen Handgriffe ausgeführt werden. Ein Arbeiter war in der Lage, täglich 4.800 Stück zu fertigen. In herkömmlicher Handwerksarbeit, so schätzt Smith, „hätte der einzelne gewiss nicht einmal 20, vielleicht sogar keine einzige Nadel am Tag zu Stande gebracht.“<sup>26</sup> Das steigerte die Produktion und senkte die Arbeitsfreude.

Eine weitere Besonderheit der Manufakturen war die Fertigung auf Vorrat, während ein Handwerker auf Bestellung arbeitet. In Manufakturen werden aus Handwerkern Arbeiter. Wir erleben die Vorstufe zur Fabrik, bei der nur noch die Dampfmaschine dazu kam. Diese hat James Watt im Jahr 1764 zwar nicht erfunden, aber einsatztauglich verbessert. Als diese Erfindung dann im Wirtschaftsleben Eingang fand, ging das polizeistaatliche Wirtschaftsmodell zu Ende. Ab 1800 hat die aufkommende Nutzung der Dampfmaschinen die industrielle Revolution eingeleitet. Von Nürnberg nach Fürth fuhr 1835 die erste deutsche Eisenbahn. Diese „Bayerische Ludwigsbahn“ wurde von der privaten Ludwigs-Eisenbahn-Gesellschaft in Nürnberg betrieben. Zu dieser Zeit vertrat der uns bekannte Wilhelm Joseph Behr, Professor und Bürgermeister von Würzburg, Sprecher der Liberalen im ersten bayerischen Landtag (1819), schon die streng liberalen Ideen von Adam Smith und rechtsstaatliche Vorstellungen (vgl. Band „Die Geschichte“)

Gründer und Eigentümer von Manufakturen waren Fürsten und reiche Privatleute. Am bekanntesten ist die königliche, heute staatliche Meißner Porzellanmanufaktur. Die Zeit der Manufakturen begann nach dem Dreißigjährigen Krieg (1618 – 1648) und endet um 1800. Martha Cornelia Broll hat eine kleine Arbeit über den steinigen, von vielen Rückschlägen begleiteten Weg sächsischer Manufakturen verfasst.<sup>27</sup> Sachsen und Böhmen waren die frühesten und erfolgreichsten Wirtschaftszentren im Alten Reich. (Wer nach 1989 durch Sachsen oder das Sudetenland fuhr, konnte nur über die vielen, einst prächtigen Fabrikrüinen staunen.) Eine wahre Blüte erlebt das Manufakturwesen in Frankreich und England ab dem Ende des 17. und vor allem dann im 18. Jahrhundert. Beispiele sind Lyon mit seinen berühmten Fayence- (ab 1512) und Seiden-Manufakturen (ab 1532), Paris mit den Gobelins (ab 1607). Dahinter standen vor allem die Idee und die Wirkung des Merkantilismus.

---

<sup>26</sup> Smith, Adam, Der Wohlstand der Nationen, Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, London (1776) 1789 (übersetzt v. Claus Recktenwald), München 1974, S. 10

<sup>27</sup> Broll, Marta Cornelia, Leben und Arbeiten – Manufakturen in Dresden in der frühen Neuzeit, 2008; nur 20 Seiten, ist wohl eine gute Studienarbeit.

Mit dem Entstehen des neuzeitlichen Staates ab 1500 beginnt auch ein Nachdenken über die Wirtschaftsabläufe. Langsam entwickelt sich eine Wirtschaftswissenschaft. Sie betrachtet jedoch das Geschehen von oben, aus der Sicht der Landesherren. In Frankreich entsteht der einflussreiche „Merkantilismus“ [lat. mercator = Kaufmann]. Fast alle Gelehrten, die von 1500 – 1750 über die Wirtschaft schreiben, werden als Merkantilisten bezeichnet. Ihre Wirtschaftstheorie können wir auch als vorklassisch, also vor dem Erscheinen des „Wohlstand der Nationen“ von Adam Smith (1776), bezeichnen.<sup>28</sup> Ludwig XIV., der Sonnenkönig, machte den führenden Kopf der dortigen Merkantilisten, Jean-Baptist Colbert (1619 -1683), zu seinem ersten Minister und Oberintendanten für die gesamte Staatsverwaltung samt Finanzen, Handel, Verkehr, Marine und Kolonien. Colbert forderte und förderte nachhaltig den Aufbau von Manufakturen sowie anderen Wirtschaftszweigen.

Für den Hofstaat und die Repräsentation, die Beamten und das Heer, vor allem auch für die Eroberungskriege brauchte der Sonnenkönig viel Geld. Colbert hat es beschafft. Dazu sollte Frankreich vor allem mehr Waren ausführen als einführen und damit reich werden. Zölle und Handelsschranken waren dazu in ganz Europa beliebte Mittel. Als Gegenleistung für die Ausfuhren floss dann Gold- und Silbergeld ins Land. Edelmetallgeld war ein bequemes Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel. Es wurde als wertbeständige Ware angesehen und war leicht zu horten. (Ich habe in Wertheim einen reichen Zuckerrübenbauern kennengelernt. Der erzählte mir, dass er eine ganze Reihe von Zuckersäcken eingelagert habe. Zucker sei unglaublich lang haltbar. Und wenn schlechte Zeiten kämen, dann könne er gegen Zucker alles andere eintauschen. Papiergeld könne man dann in der Pfeife rauchen.)

In Deutschland heißt diese frühe Wirtschaftswissenschaft nicht Merkantilismus, sondern Kameralismus. Kämmerer sind noch heute bei den Gemeinden und Landkreisen die Leiter der Finanzabteilung, der Kämmerei. Oft wurde auch von Rentämtern gesprochen, weil die Abgaben der Untertanen vielfach aus Renten [= urspr. Pachtzins, engl. rent] für Lehen oder Pachtgüter bestanden. In Deutschland mussten die Landesherren nach dem Dreißigjährigen Krieg darauf sehen, dass sich die Bevölkerung und die Landwirtschaft erholten. Das war der erste Schwerpunkt. Danach kam die Förderung der heimischen Gewerbe. Hier gab es Erfolge und Misserfolge. Die Perlenzucht in Odenwaldbächle, der Anbau von Maulbeerbäumen an Landstraßen zur Zucht von Seidenraupen waren wenig dauerhaft. Die vom Fürsten zu Erbach im Odenwald begründete Elfenbeinschnitzerei gibt es noch heute. Das Wort Kameralismus zeigt, dass auch bei uns dieses Wirtschaftsmodell die Mehrung der Staatseinnahmen im Auge hatte. Auch in Deutschland benötigten die vielen, oft kleinen Barockfürsten für ihre Schlösser und den Hofstaat, die Beamten und einige Soldaten viel Geld.

---

<sup>28</sup> Es gab frühe Kritiker wie John Locke (1632-1704) und David Hume (1711-1776). Doch erst das in sich schlüssige Theoriegebäude von Adam Smith brachte die Wende.

Bekannte Namen von Kameralisten, auf die ich immer wieder gestoßen bin, sind Ludwig von Seckendorff (1626-1692) und Josef von Sonnenfels (1732-1817). – Zur Kameralistik habe ich noch eine aufschlussreiche historische Quelle gefunden. Ein Karl Gottlieb Rößig verfasste 1781 das Werk „Versuch einer pragmatischen Geschichte der Oekonomie- Polizey- und Cameralwissenschaften seit dem 16. Jahrhunderte bis zu unsern Zeiten“.<sup>29</sup>

Dieses Buch beschreibt etwas die Entwicklung der Kameralistik. Ab 1500 knüpften die Gelehrten am Altertum an. So wurden im 16. Jahrhundert zuerst die Schriften aus der Antike übersetzt. Erst im folgenden 17. Jahrhundert kamen eigene Gedanken dazu. Rößig sagt: „Alles dieses wirkte zur Vervollkommnung der Ökonomie, und daher kommt es unstreitig, dass man in den ökonomischen Schriften des 17. Jahrhunderts mehr Vollkommenheit und eigenes Denken findet, als in denen aus dem 16. Jahrhundert, wo man meistens nur aus den Alten [= alten Griechen und Römern] die Grundsätze ... beschrieb oder auch sie bloß übersetzte.“ Das zeigt schön, dass erst mit der Renaissance, der Wiederentdeckung des antiken Wissens in Europa, die Wissenschaften entstanden sind.

In Deutschland war dieser Kameralismus sehr praxisnah. Rößig stellt in seinem Buch die Geschichte des Ackerbaus, des Wiesenbaus, der Viehzucht, des Seiden- und Maulbeerbaus sowie der Bienenzucht dar. Und im letzten siebten Kapitel sagte er noch „Etwas von der Zucht des Federviehs“. Durch die Verbesserung dieser Wirtschaftszweige sollten gemäß der polizeistaatlichen Wohlfahrtsidee der Wohlstand der Untertanen und der Reichtum des Monarchen gemehrt werden. In Deutschland entstanden dann in vielen Fürstentümern von Nymphenburg (München) über Ludwigsburg (Württemberg) bis Frankenthal (Pfalz) nach sächsischem Vorbild Porzellanmanufakturen. Auch private Manufakturen begegnen uns. Seide, Gobelins und Tapeten, Uhren und Waffen wurden in Manufakturen gefertigt.

Segensreicher für die Bevölkerung waren aber andere Einrichtungen. Oben haben wir von den Sparkassen und ihren Vorläufern gesprochen. Im weitesten Sinne haben sie zwar genossenschaftliche Wurzeln, doch sie wurden zu typisch polizeistaatlichen Wohlfahrt-Einrichtungen. Ähnliches gilt für die in allen deutschen Ländern früher anzutreffenden staatlichen Gebäude-Brandversicherungen. In Baden gründete Markgraf Karl Friedrich 1758 die „Brand-Assecurations-Societät“, die später „Badische Gebäudeversicherungsanstalt“ genannt wurde. Württemberg folgte 1773. Das Bundesverfassungsgericht beschäftigte sich dann 1992 mit diesen öffentlich-rechtlichen Versicherungsmonopolen und ihrer gesetzlichen Versicherungspflicht. Das Monopol wurde aufgehoben, die alten Versicherungen gingen als private Kapitalgesellschaften in die Hand der Sparkassen. Seither sind unsere Versicherungsbeiträge gestiegen und die Leistungen wurden spürbar gesenkt. Die

---

<sup>29</sup> Rößig, Karl Gottlieb, „Versuch einer pragmatischen Geschichte der Oekonomie- Polizey- und Cameralwissenschaften seit dem 16. Jahrhunderte bis zu unsern Zeiten, Leipzig 1781, unveränderter Nachdruck (Fotodruck), Vaduz/Lichtenstein 1979

alten Beiträge wurden nach dem Umlageprinzip entsprechend den Schadensfällen im Vorjahr errechnet. Heute gilt ein angeblicher Marktpreis in einem nicht freien, sondern durch wenige große Versicherungsunternehmen beherrschten Markt. Seit die Allianz-Versicherung europaweit und in vielen Finanzbereichen tätig ist, wurden erkennbar die Versicherungsbeiträge teurer, die Schadensregulierungen schlechter. Das habe nicht ich gemerkt, das höre ich von den Branchenkennern.

Auch die EU kämpft ständig gegen solche staatlichen Zwangsversicherungen. Die Berufsgenossenschaften sind derzeit an der Reihe. Es fragt sich, wann die gesetzlichen Krankenkassen und die anderen Versicherungen aus Bismarcks Zeiten auf der Tagesordnung stehen. – Diese Verbote halte ich für falsch. Denn das, was kommt, nämlich die auf Gewinnerzielung ausgerichtete Kapitalgesellschaft, ist vielleicht kurzfristig, aber nie langfristig günstiger bzw. verbraucher- oder bürgerfreundlicher. Hier wären andere Kontrollen und Aufsichtsmaßnahmen besser als Verbote. Denn wir haben keinen funktionstüchtigen Wettbewerb und keine freien Märkte. {Bei der „Hansewirtschaft“ müssen wir nach neuen Lösungen suchen.}

Wir wollen hier einen kleinen Gedankenausflug machen. Dabei wollen wir einige offene Fragen anschneiden, die ich bei heutigen genossenschaftlichen Einrichtungen erlebt habe. Denn in mehr Bereichen, als uns bewusst ist, leben in Deutschland genossenschaftliche Überlieferungen und Einrichtungen weiter. Und wie immer, wo Menschen handeln, gibt es dabei Fehlentwicklungen und Missstände.

Das erlebte ich beispielsweise einmal bei einer Berufsgenossenschaft (BG). Durch Zwangsbeiträge sind die Arbeitgeber bei der BG gegen Arbeitsunfälle versichert. Die BG haben außerordentlich viel dazu beigetragen, dass die Personenschäden ständig zurückgegangen sind. Doch sie horten und verschwenden auch Geld, das sie eigentlich ihren Mitgliedern, den Beitragszahlern oder Genossen nicht abnehmen dürften. So meldete sich einmal bei mir als Landrat der Geschäftsführer einer großen Berufsgenossenschaft aus Stuttgart. Er erklärte mir, er müsse unbedingt Geld anlegen. Und da habe er in unserem Kreis ein passendes Grundstück erspäht. Wenn es uns recht wäre und wir mitzögen, dann könne dort in Autobahnnähe ein großes Schulungsheim seiner BG entstehen. Der Bürgermeister war schon ganz heiß; ich fand so eine große Investition auch nicht schlecht. Natürlich lag das Vorhaben im Außenbereich; doch die Gemeinderäte waren ganz wild, den nötigen Bebauungsplan aufzustellen. Das Bauvorhaben, ein großes Millionen-Projekt, wurde umgesetzt.

Die Einweihung fand statt – mit großem Aufwand. Selbstverständlich war ich auch dort. Der Geschäftsführer freute sich und sagte zu mir: „Wir können das Gebäude noch lange nicht voll nutzen. Wenn Sie hier tagen wollen, ich biete Ihnen beste Bedingungen.“ Das haben wir dann auch gemacht.

Denn jährlich, spätestens jedes zweite Jahr ging ich mit unseren Dezernenten [Abteilungsleitern] und Amtsleitern und den Personalratsvorsitzenden zwei Tage in

Klausur. Das war sozusagen eine Strategietagung. Wir dachten darüber nach, was wir besser machen sollten. Im Schulungsheim der Berufsgenossenschaft einen Termin zu bekommen, war nicht schwer. Und als wir dort waren, sind wir ganz allein, fast verloren in der übergroßen Gebäudeanlage gewesen. Gleich zu Beginn ist eine gut besetzte Küchenbrigade in rötlichen Fantasieuniformen angetreten. Ich sprach etwas mit den Leuten, und sie freuten sich, dass sie wieder einmal etwas zu tun hatten. Später fragte ich beim Bürgermeister nach, und er meinte, soviel sei da oben nicht los. Doch die Gemeinde war glücklich über die große Anlage. – Wir sehen daraus, wer von den Umlagen seiner Mitglieder lebt, dem geht es oft zu gut; er braucht viel Aufsicht. Auf den Gedanken, die Umlage zu senken, kommen die wenigsten Geschäftsführer. Gleich werden wir uns fragen, warum das so ist.

Der Gedanke der Genossenschaftlichkeit und damit der Selbstverwaltung wurde bei unseren, von Bismarck eingeführten Sozialversicherungen bewusst verwirklicht. Gewählte Gewerkschaftler und Arbeitgeber sitzen in den gesetzlichen Versicherungen und saßen in den (früheren) Arbeitsämtern als Vertreter der Genossen bzw. Versicherten. Der Vorsitz wechselt dabei zwischen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite. Daher werden wir von Zeit zu Zeit zu „Sozialwahlen“ aufgefordert, bei denen niemand die zu wählenden Vertreter kennt, höchstens die Namen der entsprechenden Gewerkschaften.

Da wir in unserem Landkreis zwei Krankenhäuser hatten, musste ich wegen der Entgelte, also der Pflegesätze, oft mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) verhandeln. Die Pflegesätze sind sozusagen das von den Krankenkassen anstelle der Kranken gezahlte Entgelt für die Krankenhausleistungen. Privatversicherte zahlen ihre Krankenrechnungen selbst und reichen sie anschließend bei ihrer Versicherung ein. Diese Vorleistung wird von den gesetzlich Versicherten nicht verlangt. Sie sehen und wissen nicht, wie teuer das Krankenhaus ist. Zur Pflegesatzverhandlung sind dann Gewerkschaftler für die Kassen erschienen. Die andern Krankenkassen haben i.d.R. den AOK-Vertretern einen Verhandlungsauftrag übertragen. Ziel der Kassen war es nun, die Kosten der Krankenhäuser möglichst gering zu halten. Denn dadurch konnten die Mitgliedsbeiträge der Arbeitnehmer für ihre Krankenversicherung niedrig gehalten werden. Dabei werden von den Krankenkassen nur die laufenden Betriebskosten finanziert.<sup>30</sup>

Manche Gewerkschaftler waren in diesen Pflegesatzverhandlungen knochenharte Verhandlungspartner. Das Besondere war dabei, dass die Betriebskosten der Krankenhäuser ganz überwiegend Personalkosten sind. So habe ich den Gewerkschaftlern gern und oft gesagt, dass sie eigentlich auf Personalknappheit, wenn nicht gar Personalkürzungen drückten. Das wollten sie nicht hören. Jetzt standen die Ziele niedriger Beiträge für die Versicherten und (!) guter Finanzen für die Krankenkassen im Vordergrund.

---

<sup>30</sup> Die Investitionskosten hat nach dem Gesetz das Bundesland zu tragen. Teilweise drückt es sich da.



Eine Zeit lang hatten wir einen recht freundlichen und ehrlichen Gewerkschaftssekretär im Kreis. Ihn habe ich einige Male zu Gesprächen beim Mittagessen eingeladen. Und dabei sprachen wir immer offen. So erklärte er mir einmal, dass ich demnächst mit Demonstrationen vor unserem Kreiskrankenhaus in Buchen rechnen müsse. Die Klagen des Personals seien dort geradezu schlimm. Es gebe zu wenig Personal. Da habe ich gleich mein Glas zu einem Prosit erhoben. Da sei ich ganz seiner Meinung. Doch bei den letzten Pflegesatzverhandlungen hätten gerade die Gewerkschaftsvertreter unsere Personalforderungen abgelehnt. Ich fände es gut, wenn sie demonstrierten. Ich würde dann eine Presseerklärung rausgeben und die Gewerkschaften ermahnen, bei den nächsten Pflegesatzverhandlungen unsere Forderungen zu erfüllen. Die Demonstration fand nie statt.

Ich erinnere mich an einen späteren Gewerkschaftssekretär, der nicht so umgänglich war. Er durfte auch vor unseren Kreisräten einmal sprechen. Ich habe ihn in den Krankenhausausschuss des Kreistags eingeladen. Zuerst klagte er über zu wenig Personal in den beiden Kreiskrankenhäusern. Doch dann kamen die Kreisräte auf die Pflegesatzverhandlungen zu sprechen, die auch anstanden. Da verwickelte er sich in Widersprüche. Als ihm das einige Kreisräte vorwarfen, brachte er eine ganz erstaunliche Rechtfertigung: „Ich lasse mir hier nicht vorwerfen, was ich sage, wenn ich den einen oder den anderen Hut auf habe.“ Da ertete er großes Gelächter.

Damit sind wir zu einer wichtigen Erkenntnis vorgestoßen, die ich oft in meinem Berufsleben beobachten konnte. Man muss nur jemanden einen bestimmten „Hut“ aufsetzen und er wird die dazugehörigen Teilinteressen, den Teilnutzen nachdrücklich, oft blindwütig vertreten. An den Gesamtnutzen, das Gemeinwohl denkt er nicht. Der Volksmund kennt dazu den Spruch: „Wess‘ Brot ich ess‘, dess‘ Wort ich sprech‘.“ Davon dürfen wir niemanden, auch nicht Landräte oder Bürgermeister ausnehmen. Wir Landräte trafen uns oft in Stuttgart beim Landkreistag zu Ausschusssitzungen. Gesetzesvorhaben vom Land und vom Bund, aber auch eigene gemeinsame Sachen wurden beraten und darüber abgestimmt. Wenn nun ein neuer Grundsatz vorgestellt wurde, der vernünftig, aber kostenträchtig war, dann kam von allen Kollegen immer die gleiche Aufforderung: „Rechnet ihr von der Geschäftsstelle des Landkreistages erst einmal aus, was das jeden kostet.“ Bei der nächsten Sitzung kam die große Liste. Und jeder Landrat fuhr mit seinem Finger auf die Zeile mit den Kosten seines Landkreises entlang. Standen am Schluss der Zeile für seinen Kreis Mehrkosten, dann stimmte er dagegen. Diejenigen, die Kostensenkungen erspähten, stimmten dafür. Vernunft und Grundsätze, eine überzeugende Lösung oder das „Gesamtwohl des Landes“ waren nicht mehr gefragt. „Ich muss an meinen Amtseid [= Mehrung des Kreiswohls] denken“, sagten einige.

Oft habe ich auch gestaunt, wie sich Kollegen verhielten, wenn sie die Seiten wechselten. Solange sie bei einem Landkreis in leitender Stellung waren (z. B. Stellvertreter des Landrats als Erster Landesbeamter), vertraten sie hart die Kreisinteressen. Kaum waren sie zum Land versetzt, konnte man in dieser Hinsicht

nicht mehr mit ihnen reden. Oft waren sie nicht einmal für einen Vorteilsausgleich zu gewinnen. Oben [Land] sticht unten [Kreis], war nun ihr Grundsatz.

Welche Schlüsse ziehen wir daraus? Das oberste, strategische Ziel muss sein, dass das Gemeinwohl, ein gesamtgesellschaftlicher Nutzensausgleich verwirklicht wird. Das ist das Ziel; und der Weg zum Ziel ist oft steinig. Denn notwendig sind dazu passende gesetzliche Rahmenbedingungen und Aufbauorganisationen. Das führt oft zu erheblichem Bedarf an Änderungen und tiefgreifenden Reformen. Zuständigkeiten und Beteiligungen müssen in den Verwaltungskörper eingebaut werden, die zum Nutzensausgleich führen. (Dieser Gedanke liegt der Beteiligung von Arbeitnehmern wie Arbeitgebern in den Sozialversicherungen zugrunde.)

Ein Beispiel dazu ist die „Schule der Zukunft“ (vgl. Buch „Die Schule“). Im „Schulrat neuer Art“ sitzen und entscheiden als gleichberechtigte „Nutzensvertreter“ zu je einem Drittel die Eltern, die Lehrer und der Schulträger (Gemeinderäte). Keine „Partei“ kann die andere überstimmen. (Das liegt wie bei den 7 Kurfürsten an der ungeraden Zahl.) Diese drei Vertretungen müssen nun einen „Nutzensausgleich“ erarbeiten und beschließen. Das große ungelöste Missstand beim Obrigkeitsstaat und beim Parteienstaat ist der Ausschluss der Bürger und damit des Bürgernutzens. Die Herrschenden (Parteien, Bürokraten, „Fachleute“, Vertreter von Verbänden und Wirtschaft) erzählen den Wählern oder Bürgern das Gegenteil von dem, was sie tun. Sie erstreben und verwirklichen eigene Interessen, also „Teilnutzen“. Die Bürger, die Kunden bleiben auf der Strecke. Auch in Genossenschaften kann es dazu kommen, dass nicht der Nutzen der Genossen, sondern andere Ziele verfolgt werden. Das kann vorkommen, obwohl der „Nutzen der Genossen“ tragender, gesetzlicher Verfassungsgrundsatz dieser Organisationsform ist. (Bei der paritätischen Mitbestimmung in deutschen Großunternehmen sind Arbeitgeber und -nehmer je zur Hälfte beteiligt. Ständig besteht die Gefahr der Stimmengleichheit.<sup>31</sup> Vor allem fehlt aber eine Vertretung der Kunden.)

Die Menschen sind unvollkommen. Deshalb werden auch ihre Organisationen immer unvollkommen sein. In abgewandelter Form ist es das „Popper-Kriterium“. Die „wahre“ Organisation werden wir nie schaffen können. Doch wir sind ständig dazu aufgerufen, Fehler und Missstände aufzudecken, Verbesserungen zu verwirklichen. Dazu gibt es einen passenden Ausspruch von Carl Schurz (1829 - 1906), dem bekannten deutsch-amerikanischen General und Politiker: „Ideale sind wie Sterne, wir können sie nie erreichen, aber uns daran orientieren.“

Oft wurde ich gefragt: „Was bist du eigentlich? Ein konservativer oder ein fortschrittlicher Mensch?“ Meine Antwort war immer: „Ich weiß es nicht! Was gut ist, müssen wir erhalten. Die Alten waren nicht dumm. Doch wenn wir erkennen, dass wir etwas besser machen können, dann müssen wir es mit voller Kraft versuchen. Wenn wir es nicht tun, kann es unser Unglück sein.“

---

<sup>31</sup> Dann greift die Regel: die Stimme des Vorsitzenden entscheidet.

Dabei unterscheide ich zwischen Erhalt, Reform und Neuerung. Alles, an dessen Stelle wir nichts Besseres setzen können, sollten wir erhalten. Die alten Dinge und Überlieferungen sind grundsätzlich Kulturleistungen unserer Vorfahren. Manches haben sie sogar besser gemacht; und es ist verloren gegangen; es ist schlechter geworden. Dann ist eine Reform nötig. Denn dieses Wort bedeutet „Zurückformung“ in einen früheren, besseren Zustand. Im weitesten Sinne ist auch das Lernen aus der Geschichte eine Reformtätigkeit. Doch bei vielem gibt es keine alten Beispiele. Das ist etwa bei neuen Erfindungen, neuer Technik oder reformunfähigen Einrichtungen der Fall. Dann müssen wir zur Neuerung schreiten. Davor haben viele Angst. Das sehen wir an der weitverbreiteten Technikfeindlichkeit. Doch auch hier gilt: Wenn wir es nicht tun, kann es unser Unglück sein.

## Das Wirtschaftsmodell der Liberalen und der Marxisten

*Die Liberalen glauben und fordern: Der Staat soll nur die Freiheit der Person und das bürgerliche Eigentum schützen – sonst nichts. Der freie Markt und die „unsichtbare Hand“ lenken alles zum Besten. Das führe zum Wohlstand für alle in einer Überfluggesellschaft. Das ist dann das Ende der Geschichte: ein freies und liberales Paradies, wie wir es sonst nur bei den Naturvölkern finden. – Karl Marx hat diese Gedanken nur einen kleinen Schritt weiter getrieben. Nach ihm ist das bürgerliche Eigentum das Mittel zur Ausbeutung und Unfreiheit. Ohne Eigentum kann der Mensch nicht mehr über den Menschen herrschen oder herfallen. Nur wegen des Eigentums gibt es Räuber und Mörder, Herrscher und Staaten. Deswegen können in der kommunistischen Endgesellschaft auch das Recht und der Staat absterben, wegfallen. Erst dann werden wir das von den Liberalen versprochene Paradies der Naturvölker, das Ende der Klassen und der Geschichte von Klassenkämpfen haben. Wo haben sich beide schwer geirrt? Bei vielem, z. B. beim Gewinn und Mehrwert.*

Der Vater der klassisch-liberalen Wirtschaftstheorie ist, wie schon oft gesagt, Adam Smith (1723 – 1790). Sein Werk „Der Wohlstand der Nationen“ ist weithin eine Kampfschrift gegen den Merkantilismus und das ständische Wirtschaftsmodell. Gegen die Kaufleute und ihre Absprachen, gewinnsüchtige Manufakturbesitzer wettert er genauso wie gegen eine staatliche Wirtschaftspolitik und die Ausbeutung der nordamerikanischen Kolonien.<sup>32</sup> Darüber hinaus ist sein Werk wie gesagt ein neuer, in sich geschlossener und durchdachter Entwurf für ein Wirtschaftsmodell. Smith verfügt dabei über große Geschichtskennntnisse, die er nutzt und anführt. Wenn ihr, liebe Enkel und Verwandte, unser ganzes bisheriges Gespräch verfolgt habt,

<sup>32</sup> Smith schlägt eine Union zwischen Großbritannien und den nordamerikanischen Kolonien vor und meint, nach gut einem Jahrhundert dürfte „das amerikanische Steueraufkommen das britische übertreffen“ und der „Sitz der Regierung des Empires natürlich in jenen Landesteil“ gehören. (S. 526)

dann wisst ihr schon viel über das Denken von Adam Smith und die liberalen Wirtschaftstheorien. Ich will versuchen, mich nicht zu wiederholen.

Während Merkantilisten und Kameralisten von oben nach unten schauten, richtete Smith seinen Blick auf die „normalen“ Leute, auf die kaufenden und arbeitenden Menschen. Seine große Entdeckung war dabei der „Markt“, weshalb diese Wirtschaftsform auch Marktwirtschaft genannt wird. Aus seiner Sicht waren „die oben“ eher störend als förderlich für das Wirtschaftsgeschehen. Gegen Zölle und Markteingriffe von Seiten des Staates ist er ganz überwiegend ablehnend. Aber auch die Zünfte der Handwerker und die Gilden der Kaufleute lehnt er wie alle ständische Körperschaften und die Genossenschaftlichkeit strikt ab. Sie stören das Marktgeschehen. Seine Botschaft heißt natürlicher Eigennutz und Gewinnstreben, Freiheit der Berufswahl, der Gütererzeugung und des Warenverkehrs. Das alles steht in seinem weltberühmten Werk „Der Wohlstand der Nationen – eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen“ (1776). Von selbst läuft die Wirtschaft am besten, die unsichtbare Hand lenkt alles zum Guten.<sup>33</sup>

Seine Gedanken wurden fortgeführt und ausgebaut von David Ricardo (1772-1823), James Mill (1773-1836), Robert Malthus (1766-1834). Karl Marx (1818-1883) hat seinen Ausgangspunkt ebenfalls bei Adam Smith und viel von ihm übernommen.

Vorbilder und Beispiele für diesen „natürlichen“, sich selbst steuernden Markt wurden in der wirklichen Welt gesucht. Sie wurden – allerdings nur scheinbar – auch gefunden: bei den „edlen Wilden“. Schon 100 Jahre vor Adam Smith heißt es 1650 bei dem Dominikanerpater Jean-Baptiste Du Tertre (1610 – 1687):

„ ... die Wilden, welche diese Inseln bewohnen, [gehören] zu Völkern, welche die zufriedensten, glücklichsten, tugendhaftesten, geselligsten, wohlgestaltetsten, von Krankheit am wenigsten heimgesuchten der ganzen Erde sind. Denn diese Indianer leben, wie die Natur sie geschaffen hat, d.h. in großer Einfachheit und natürlicher Naivität; alle sind gleich, Eltern und Kinder begegnen sich ohne Unterwürfigkeit. Niemand ist reicher oder ärmer als sein Gefährte. ... Sie leben alle in völliger Freiheit, trinken und essen, wenn sie Durst oder Hunger haben, arbeiten und ruhen sich aus, wenn sie wollen, und haben keinerlei Sorgen, wenigstens, was den gegenwärtigen Tag betrifft.“

Das Märchen von den friedliebenden „edlen Wilden“ und ihrem Leben ohne Eigentum und Unterdrückung, ohne Herrschaft (Staat) und Krieg, aber mit freier Liebe und ungetrübtem Glück hat sich gerade in linken Kreisen zum Teil bis heute gehalten. Denn ihre Schlussfolgerung ist: Kommunismus ist möglich! Bekannt ist die

---

<sup>33</sup> Manche haben behauptet, Smith hätte in seinem Werk nirgends von der „unsichtbaren Hand“ gesprochen. Das ist falsch, Smith sagt wörtlich: „Und er [= Erwerbstätige] wird in diesen wie auch in vielen anderen Fällen von einer unsichtbaren Hand geleitet, um einen Zweck zu fördern, den zu erfüllen er in keiner Weise beabsichtigt hat. ... ja, gerade dadurch, dass er eigene Interessen verfolgt, fördert er häufig das der Gesellschaft nachhaltiger, als wenn er wirklich beabsichtigt, es zu tun. Alle, die jemals vorgaben, ihre Geschäfte dienten dem Wohl der Allgemeinheit, haben meines Wissens niemals etwas Gutes getan.“ Smith, Adam, Der Wohlstand der Nationen, a.a.O., S. 371

„Samoa-Legende“ von Erich Scheuermann und Margaret Mead. Beide Bücher sind in den 1920er Jahren erschienen und in den 1970er Jahren zu linken Kultbüchern und Bestsellern geworden. Erich Scheuermanns Büchlein wurde als Fälschung entlarvt. Margaret Mead wurde widerlegt.<sup>34</sup> – Erst in den 1990er Jahren kam die allgemeine Erleuchtung. In der bekannten Zeitschrift GEO hieß es unter der Überschrift „Die zweite Entdeckung der Maya“: „Ein Volk verliert seinen Heiligenschein: Kriegsherren waren die Maya, geschickte Machtpolitiker und eben nicht jene friedlichen Sterngucker, für die Forscher sie lange gehalten haben.“<sup>35</sup>

Bei Adam Smith sind derart einfältige Gedanken nicht zu finden. Doch eines meint er schon: „Wo es jedoch kein Privateigentum gibt oder wenigstens keines, das den Erlös aus einer Arbeit von mehreren Tagen übersteigt, ist eine zivile Behörde nicht so nötig.“<sup>36</sup> Das ist ein Gedanke in die Richtung, die dann Karl Marx zu Ende dachte: ohne Eigentum brauchen wir keinen Staat; er wird im Kommunismus absterben. Die Wirklichkeit im real existierenden Kommunismus führte zum glatten Gegenteil.

Noch etwas haben der entwickelte Kapitalismus und der Marxismus gemeinsam. Sie glauben an unbegrenztes Wachstum und die Überflussgesellschaft, die mit der Morgenröte einer neuen Zeit heraufziehen. Adam Smith war da viel vorsichtiger. Er geht noch von der Knappheit der Güter und des Bodenertrags aus. Smith kennt zwar schon die Ertragssteigerungen durch die Arbeitsteilung. Doch er ahnt noch nicht die Vor- und Nachteile von Dampfmaschinen und Technik. Zum Glauben an und zur Hoffnung auf eine Überflussgesellschaft habe ich eine wunderbare Quelle in einem Buch meines Großvaters aus den Jahren 1839 und 1841 gefunden. In „Meyer's Universum oder Abbildung und Beschreibung des Sehenswerthesten und Merkwürdigsten der Natur und Kunst der ganzen Erde“ heißt es im Jahre 1839 zu einem schönen Stahlstich mit Blick auf die neue Brücke in London:

„Völlig betäubt wird das Ohr durch das Getöse, Gerassel, Getobe der unzähligen Fuhrwerke [= Pferdefuhrwerke], die in zwei gedoppelten Reihen in der Mitte der Brücke mit Sturmeseile hin und her fahren, ... Links ragen Tower, Bank, Börse, Manisonhouse, St. Paul ... hervor; rechts die rauchenden Türme der Fabriken, jene Gruppe von gewaltigen Schloten, unter denen die Dampfmaschinen, gleich dienenden Cyclopen, ihre Arbeit verrichten; ... abwärts aber erscheint London in seiner ganzen Majestät: 12.000 Schiffe drängen sich an seine Hüften, ein drei Stunden langer Mastenwald, belebt von 150.000 Menschen, redend in allen Zungen des Erdenrund, breitet sich aus, – man sieht den H a f e n der W e l t s t a d t.“<sup>37</sup>

---

<sup>34</sup> Das habe ich näher ausgeführt, in: „Die kulturelle Umweltzerstörung“, Mainz 1993, S. 180 f – Derek Freeman zeigt Hierarchien bis in die letzten Winkel, Zwang, Kriege, striktes Verbot des Ehebruchs, hoher Wert der Jungfräulichkeit u.a., dazu: Zimmer, Dieter E., Experimente des Lebens, Zürich 1989

<sup>35</sup> GEO, 5/1996, S. 114 ff

<sup>36</sup> Smith, Adam, a.a.O., S. 601

<sup>37</sup> Meyer's Universum oder Abbildung und Beschreibung des Sehenswerthesten und Merkwürdigsten der Natur und Kunst der ganzen Erde, Hildburghausen, Amsterdam und Philadelphia 1839, S. 29 (Sperrdruck wie im Original)

Zwei Jahre später wird in einem anderen Band von Meyer's Universum über „London und seine Eisenbahnen“ noch begeisterter berichtet:

„Die Industrie hat den Weltthron bestiegen. ... Wer wäre so blind, dass er in den Eisenbahnen und in der Dampfschiffahrt nicht ausgestreckt sähe den gewaltigen Arm, welcher auf ein unerhörtes, organisches Zusammenwachsen der ganzen Menschheit hinweist. ... Wer wäre so kurzsichtig, dass er nicht in der wachsenden Vervollkommnung, Vermehrung und Verwohlfelung der Bequemlichkeiten und der Genüsse eine Verheißung sähe von einer nicht ferneren Zeit, wo auch der großen Masse der Menschheit, jener, welche man bisher mit der Hoffnung auf eine überirdische Seligkeit abgefunden hat, ihr gebührendes Theil werden wird an den Genüssen, welche die Vergangenheit einer unendlichen Minorität gleichsam als Privilegium spendete?“ Auch die Unmöglichkeit von Kriegen wird für die nahe Zukunft prophezeit.<sup>38</sup>

Wohl gemerkt, das war bereits 1841 (mein Urgroßvater wurde in dem Jahr geboren). Friedrich Schiller (1759 – 1805) sagt es trefflich in seinem zweiten Gedicht „An die Freude“ (Dritte Schaffensperiode):

Wohl von größerem Leben mag es rauschen,  
Wo vier Welten ihre Schätze tauschen,  
An der Themse, auf dem Markt der Welt.  
Tausend Schiffe landen an und gehen,  
Da ist jedes Köstliche zu sehen,  
Und es herrscht der Erde Gott, das Geld.

Und genau die Bedeutung und die Gefahr der Geld- und Finanzmärkte haben Adam Smith und seiner Nachfolger nicht erkannt. Geld ist mehr als eine Ware; es hat sich als Papiergeld verselbstständigt, aufgebläht. Das erleben wir heute in der Finanz- und Schuldenkrise. Und unsere Wirtschaftstheorien bieten bisher keine Lösung.

Heute stehen wir wieder wie am Ende der ständischen Wirtschaft an den Grenzen des Wachstums. Das konnte sich damals um 1841 niemand vorstellen. Als in London einige Schornsteine qualmten, da ahnte noch keiner, dass dieser Qualm eines Tages das Weltklima bedrohen könnte.

Da das heutige volkswirtschaftliche Theoriegebäude in erheblichen Teilen noch immer auf den Grundmauern und Grundansichten der Zeit von Adam Smith und Karl Marx ruht, findet es auf viele Fragen keine Antworten. Unsere Wirtschaftstheorien können nicht die „Grenzen des Wachstums“ erklären oder gar mit ihnen umgehen. Doch sie stehen uns klar vor Augen. Wenn die bald 7 Mrd. Menschen dieser Erde so viele Autos fahren wie wir Europäer oder die Nordamerikaner, dann wird das gewaltig zum Himmel stinken. Auch wenn 7 Mrd. Menschen auf dieser Erde so reisen wollen

---

<sup>38</sup> Meyer's Universum, a.a.O., 1841, S. 12 (Sperrdruck wie im Original) - Ich wurde 1941, genau 100 Jahre später geboren, mitten im Zweiten Weltkrieg nach einem Fliegeralarm (Unmöglichkeit der Kriege!!).

wie wir, dann wird der Himmel fast schwarz von Flugzeugen. Und wenn alle so viel essen und Müll machen wollen wie wir, dann kann das nicht gut gehen.

Vor einiger Zeit hat Christiane Nüsslein-Volhard, Nobelpreisträgerin und Direktorin des Tübinger Instituts für Entwicklungsbiologie, einen Vortrag über „Die natürliche Tendenz zum Wachstum bis zur Katastrophe“ an der Uni Heidelberg gehalten. Sie meinte, es gäbe ein Naturgesetz des „Wachstums bis zur Katastrophe“.<sup>39</sup> Vielleicht hat sie an Heuschreckenschwärme gedacht. Diese Tiere vermehren sich plötzlich gewaltig, steigen in die Lüfte auf und fallen über blühende Landschaften her. Diese fressen sie dann kahl, bis sie selbst des Hungers sterben. Ihr Vortrag war auch eine nachdrückliche Warnung vor der Technikfeindlichkeit. Ausdrücklich setzte sie sich für die Gentechnik ein. (Dazu habe ich mir mangels Wissen noch kein endgültiges Urteil gebildet. Genau deswegen bin ich bei Gentechnik sehr vorsichtig, konservativ.)

Noch etwas haben die Klassiker (Adam Smith ff.) und die Marxisten (Karl Marx ff.) gemeinsam. Sie betrachten die Wirtschaft nur unter den drei „Produktionsfaktoren“ Arbeit, Kapital und Boden. Diese drei Dinge sind richtig miteinander zu verknüpfen, um die gewünschten Waren und Dienstleistungen zu erstellen. Die Schwaben sind kluge Leute, und sie haben erkannt, dass da noch etwas fehlt. Wenn alles stockt, ist ihr Stoßgebete: „Herr loss Hirn rarägne.“ [Herr lass Hirn herabregnen.] Dieser Faktor wird bei Smith übersehen. Bei ihm haben Arbeit, Kapital und Boden jeweils ihre eigenen Entgelte. Die Arbeit wird mit dem Lohn, das Kapital mit dem Gewinn und der Boden mit der Bodenrente entlohnt. Der Gewinn machte Smith kein Kopfzerbrechen. Denn auf dem vollkommenen Markt nähert auch er sich den Grenzkosten (siehe oben). Die Wirklichkeit entwickelte sich dann doch etwas anders. Gerade in England gab es immer mehr reiche, sogar überreiche Fabrikbesitzer. Ihnen standen noch viel mehr Arme, gering bezahlte Arbeiter gegenüber.

Das führte bei Karl Marx zu seiner Theorie vom Mehrwert. Wie angeblich in der Urgesellschaft, im irdischen Paradies, brauchen wir kein Eigentum. Und wenn dieses Recht wegfällt, gibt es weder Bodenrente noch Gewinn. Die Kapital- und Bodeneigentümer fallen auch weg. Die Wertschöpfung in der Fabrik erfolgt allein durch die Arbeiter. Der Mehrwert (Gewinn) gehört ihnen allein. Die Unternehmer sind so unnötig wie die Drohnen im Bienenstaat nach der Befruchtung der Königin. Werft sie hinaus und führt die Jungfernteugung [Fortpflanzung ohne männliche Drohnen] ein! Marx hat sich in diese Gedanken so hineingesteigert, dass er Unternehmergewinne als Ausbeutung und Eigentum als Diebstahl verdammt.

Während meines Wirtschaftsstudiums habe ich mich mit diesem Teil des Marxismus eingehender beschäftigt. Bei Osers, einem nach dem Prager Frühling geflohenen Tschechen, habe ich in Mannheim zwei Semester lang „Grundlagen der marxistischen Wirtschaftstheorie“ gehört und mit gutem Erfolg meine Klausuren geschrieben. Dazu kauften wir die entsprechenden Lehrbücher, die aus der DDR

---

<sup>39</sup> Rhein-Neckar-Zeitung vom 6.02.2010

geliefert wurden. Wir waren eine kleine, aber aufgeweckte Gruppe von Studenten und diskutierten viel mit Oser. Dabei hatten wir den Eindruck, dass er anfangs den Ideen von Marx recht nahe stand. Doch am Ende des zweiten Semesters – diesen Eindruck hatten wir wenigstens – war er sehr nachdenklich geworden. Kurz ist einmal eine Gruppe von Studenten aufgetaucht, die sich als Maoisten bezeichneten. Doch die Ableitungen und Formeln zur Reproduktion, zur Kapitalakkumulation usw. wollten sie nicht wissen und lernen. Beim dritten Mal sind sie nicht mehr erschienen.

Vielleicht fragt ihr, warum wir über diese fast 200 Jahre alten, längst widerlegten Vorstellungen heute noch sprechen. Die Antwort ist einfach: Sie spuken noch in vielen Köpfen herum. Selbst bei der Hanns-Seidel-Stiftung empfahl uns eine Referentin das Büchlein von Jürgen Habermas „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“. Das habe ich mir dann auch gekauft. Doch ich war höchst erstaunt, wie dieser angeblich größte linke Denker der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer noch an den Mehrwert und die Exploitation [= Ausbeutung] der Arbeitskraft glaubt. Daraus zieht er Schlüsse und erkennt eine mangelhafte oder fehlende Steuerung in den kapitalistischen Klassengesellschaften. Das Buch stammt von 1973, keine 20 Jahre später war der osteuropäische Kommunismus durch sein Steuerungsversagen zusammengebrochen.

Auch in meinem Berufsleben habe ich immer wieder von Gewerkschaftlern, demokratischen Sozialisten und übrig gebliebenen Kommunisten die Ideologie vom Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital und ihren Zweifeln an der Berechtigung von Gewinnen gehört. Der Gewinn war für sie immer noch ein Mehrwert, den sich die Kapitalisten ungerechterweise aneignen.

Wo liegt der Fehler? Wo hakt es im Kopf? Ich meine schon bei Adam Smith. Er betrachtet den Gewinn als Entgelt für die Kapitalbesitzer. In meinem Studium haben mir dann die heutigen Wirtschaftswissenschaftler auch keine guten Begründungen oder Berechtigungen für den Gewinn geboten. Einige sahen darin eine „Restgröße“. Sie bleibt bei Marktgeschehen übrig und der Unternehmer streicht sie ein. Andere sahen darin ein Entgelt für die Übernahme von Risiko. Wieder andere sagten, der Gewinn sei das Unternehmereinkommen, das dem Produktivvermögen [= Kapital] entspringt. Das entspricht Adam Smith. Das alles ist zu kurz gedacht.

Der Gewinn ist die Belohnung des Unternehmers für den Markterfolg. Ich meine, das hätte ich zum ersten Mal von dem Praktiker Eberhard von Koerber, dem damaligen Vorstandsvorsitzenden bei ABB, gehört. Genau weiß ich es nicht, aber durch Nachdenken hat mich diese Begriffsbestimmung schließlich sehr überzeugt. Dahinter steckt aus meiner Sicht der Produktionsfaktor „Geist und Hirn“. Denn die Unternehmen kämpfen heute oft auf gesättigten und vermachten Märkten. Es genügt nicht mehr, den richtigen Preis an den Apfelkorb zu heften, um erfolgreich zu sein.



Noch etwas müssen wir gegen Smith ins Feld führen. Wir haben heute eine klare Trennung zwischen den Produktionsfaktoren Kapital und Geist. Das Kapital wird zuerst über den Zins, der Geist über die Manager- und Vorstandsgehälter sowie Erfinderlöhne (Patentrechte) entlohnt. (Bei Familienbetrieben fällt viel zusammen.) Erfolgreiche Vorstandsvorsitzende oder Geschäftsführer sagen: „Wenn ich den gewünschten Gehalt hier nicht kriege, dann gehe ich zur Konkurrenz. Dann mache ich dort die Hunderte von Millionen und bekomme einige Millionen davon als Lohn für meinen Erfolg!“ Sogar die Aktionäre und die Gewerkschaftler sagen dann: „Bleib!“ (z. B. zu Wiedeking bei Porsche) Dabei sind die Rechte und Entgelte der Aktionäre [= Kapitaleigentümer] gegenüber denen von Vorstand und Aufsichtsrat sehr bescheiden. Nur Mehrheitsaktionäre können noch die AG beherrschen.

Hier taucht sogleich eine ungelöste Frage auf. Es ist das Auseinanderfallen von Unternehmensführung und persönlicher Haftung. Bei Familienunternehmen, Handwerkern, Mittelständlern fallen Wagnis und Kapital, Risiko und Haftung noch zusammen. Anders ist es bei Aktiengesellschaften und Großunternehmen. Wir erleben es täglich. Manager, die erfolglos waren, schleichen mit hohen Abfindungen davon. Das ist ein Missstand und Systemfehler! Denn zur Belohnung für den Erfolg gehört auch die Bestrafung (Haftung) für den Misserfolg.<sup>40</sup> – Dazu hat das Arbeitsrecht mit seiner ständigen Rechtsprechung zu den Abfindungen beigetragen. Das habe ich selbst erlebt, als wir in Kreiskrankenhäusern nicht nur erfolglose, sondern untragbare Chefärzte loswerden mussten. Allerdings habe ich so gekämpft, dass wir wenigstens keinen über eine ordentliche Kündigung hinausgehenden Gehalt zahlen mussten. Doch ich weiß, dass das die Ausnahme ist. Es ist ebenfalls äußerst selten, dass in Kündigungsfällen die Staatsanwälte eindeutig strafbare Handlungen verfolgen oder dass es zu Schadensersatzforderungen kommt. {Wir werden später bei meiner Zeit als Gerichtsreferendar noch etwas zum Gerichtsversagen und zu den Gerechtigkeitslücken sagen müssen.}

Ganz schlimm ist es, wenn die Bürger über die Steuern die Kosten für Misserfolge bei Banken oder Groß-Unternehmen (z. B. Baukonzernen) tragen müssen. Dann können Banker und Flopp-Manager auf fremdes, auf staatliches Risiko spekulieren. Der Gewinn fließt in ihre Tasche, den Verlust deckt die Staatskasse. Die gegenwärtige Bankenkrise ist dafür nur ein besonders auffälliges Beispiel.

Kehren wir zurück zum Gewinn. Was ist nötig für den Markterfolg? Was macht einen Manager oder besser gesagt eine erfolgreiche Führungskraft aus? Warum brauchen wir sie? Das kann jeder Kleinaktionär auf der Gesellschafterversammlung einer großen Aktiengesellschaft beobachten.<sup>41</sup> Der Vorstand muss die bisherigen Erfolge oder Misserfolge verantworten. Der Vorstandssprecher muss vor allem die künftigen strategischen und taktischen Ziele möglichst überzeugend darstellen. Das verlangt

---

<sup>40</sup> Die Haftung der Vorstandsmitglieder für Schäden (!) ist schwach und von der AG i.d.R. versichert.

<sup>41</sup> Die genaue Abgrenzung der Befugnisse von Aufsichtsrat, Vorstand und Großaktionären (z.B. mit Sperrminorität) lassen wir hier weg. Das sind oft auch Unternehmensverflechtungen.

Erfahrung und Gespür, klares Denken und Wissen. – Auch die letzte Verantwortung für Personal und Finanzen, Organisation und Technik trägt der Vorstand. Weitgehend entscheidet der Vorstand auch über die Verwendung des Gewinns für übertarifliche Vergütungen, für Forschung und Entwicklung, für Käufe von anderen Unternehmen usw. Die normalen Aktionäre als Kapitalbesitzer haben weniger zu sagen als ein Gemeinderat oder Kreisrat. Die mäßige Dividende ist ihr „Gewinn“.

Dabei zeigt sich deutlich, dass das Kapital (die Aktionäre) und die Unternehmensführung (angestellte und bezahlte Vorstände, Aufsichtsräte) zwei völlig verschiedene Produktionsfaktoren sind. Diese Chefebene gehört weder zur Arbeit noch zum Kapital. Doch sie ist genauso wichtig wie die anderen Teilnehmer bei der Produktion. Das gilt vor allem heute. Gerade die Großunternehmen arbeiten oft in schwierigem Umfeld. Verdrängungsstrategien oder durchschlagende Neuerungen sind gefragt. {Genauere und nähere Gedanken zur strategischen und taktischen Führung sowie zur Steuerung werden wir uns später machen.} – Für die „gerechte“ Verteilung des Gewinns zwischen Arbeit, Kapital (einschließlich Bodenrente) und Geist gibt es keine starren Regeln. Der reine „Marktwert“ überzeugt nicht alle; er ist auch nicht lupenrein erkennbar.

Als Ergebnis möchte ich hier festhalten: Der Produktionsfaktor Geist und Hirn kann sein Geld wert sein! Er schafft auch einen Mehrwert, wenn er erfolgreich ist! Doch zur Gewinnbeteiligung gehört auch die Haftung für Misserfolge.

Wie konnte es kommen, dass Adam Smith diesen wichtigen Bestandteil bei der Erstellung von Waren und Dienstleistungen übersah? Wie konnte sich Marx eine Fabrik nur mit Arbeitern ohne Führungskräfte, also ohne Manager und Ingenieure, vorstellen? Im jugoslawischen Kommunismus wurde so etwas noch einmal in „selbstverwalteten Unternehmen“ versucht. Es ist schief gegangen. Und gleich zur Klarstellung muss ich sagen: Das waren keine genossenschaftlichen Einrichtungen in unserem Sinne. Denn bei uns gibt es immer klare Verantwortungen für die Ablauf- und Aufbauorganisation, für Menschenführung und Finanzen. Keine Werkstatt ohne Meister, kein Mittelstandsunternehmen ohne verantwortlichen (haftenden) Inhaber!

Adam Smith dachte, die Kunden und Verbraucher und damit der Markt steuern auch die Unternehmer, die Handwerker und die Manufakturen. Das Kapital fließt dorthin, wo es am besten gebraucht wird. Er sah noch nicht den Markterfolg als Folge von Erfindungen und technischen Neuerungen. Technik und Maschinen waren noch nicht in den Manufakturen, die Smith besuchte. (Ich werde sogar einen Schritt weiter gehen und Techniklücken für dauerhafte Arbeitslosigkeit verantwortlich machen.) Und Karl Marx stellte sich vor, dass Unternehmen so ähnlich laufen wie Naturgesellschaften. Die Samoa-Legende könnte als Beispiel dienen: eine Produktionsgemeinschaft ohne Geld und Eigentum, ohne Zwang und Haftung, ohne Wagnis und Risiko – ein Paradies eben.

Diese Fehleinschätzung ist sehr alt. Im Taubertal, der Heimat unserer fränkischen Vorfahren, tauchte 1476 der Pfeifer von Niklashausen auf. Er predigte die Abschaffung aller Obrigkeit, aller Zehnten und Abgaben. Er war wie Jan Hus (1369 – 1415) in Böhmen ein Vorläufer der Reformation. Im Bauernkrieg sollten dann diese Vorstellungen verwirklicht werden. Aus meiner Sicht ist der Aufstand nicht deshalb gekommen, weil unsere damaligen Vorfahren wirklich so arm waren, sondern weil sie die herrschende Klasse als unnötig, als parasitär (im Sinne von Voslensky) ansahen.

Dieses Bild von Adeligen und Herrschern haben manche noch heute. Sie meinen, der Kaiser saß nur auf seinem Thron und waltete. Er habe es sich gut gehen lassen. Das ist völlig falsch. Er musste ständig in seinem Reich umherziehen, um für Recht und Gerechtigkeit, für Ordnung und Zusammenhalt zu kämpfen. Karl der Große hat nur wenige Jahre seiner Regierungszeit keine Kriege geführt. Heinrich IV. musste nach Canossa gehen. Die kleinen Adeligen mussten ebenso ständig für Schutz und Herrschaft kämpfen. Oft habe ich mir auf der Grabplatte von 1285 im Speyerer Dom das gefurchte, sorgenvolle Gesicht des beliebten Rudolf I. von Habsburg (Kaiser: 1273 – 1291) angesehen. Er hat seine Sache gut gemacht, es aber schwer gehabt. Auch kleine Adelige, etwa in der Klosterkirche von Bronnbach, haben auf den Grabmalen oft einen kummervollen Gesichtsausdruck. Herrschen und Führen war schon immer anstrengende geistige, oft auch körperliche Arbeit. Allerdings gehört es zu den Standessitten des Adels, keine Schwächen zu zeigen, nicht gestresst zu sein, Ruhe und Vertrauen auszustrahlen. Heutige Bürgerliche sind da schon wehleidiger.

Nach der Beschäftigung mit Adam Smith und den Liberalen, mit Karl Marx und den Kommunisten, wollen wir auf die heutigen Wirtschaftstheorien schauen.